



EUROBAROMETER 57 - NATIONAL STANDARD REPORT

EUROBAROMETER 57.1 / Executive Summary

Survey carried out for the European
Commission's Representation in
AUSTRIA

« This document does not reflect the views of the European Commission. Any interpretations or opinions expressed in this report are those of the authors alone »

August 23, 2002

HIGHLIGHTS ÖSTERREICH

- Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU wird von 37 % als gute und von 15 % als schlechte Sache bewertet (41 % weder noch), 40 % sehen sie als vorteilhaft an (40% ist nicht der Fall). In beiden Fällen haben sich die positiven Einschätzungen seit dem Vorjahr verringert. Für sich persönlich orten 24 % mehr Vorteile durch die Mitgliedschaft und 19 % mehr Nachteile (47 % sowohl als auch).
- Insgesamt zeigen die Österreich ein pragmatisch-distanziertes Verhältnis zur Union: Sie bedeutet vor allem die gemeinsame Währung und die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten; emotional verbindet man mit ihr überwiegend Positives (speziell Hoffnung und Vertrauen, aber auch Sorge und Misstrauen). Ängste halten sich in Grenzen und betreffen primär eine mögliche Zunahme von Arbeitslosigkeit und den Verlust sozialer Leistungen, kaum eine Gefährdung der nationalen Identität und Existenz. Eine primäre oder ausschließlich europäische Identität weisen nur 12 % auf, 45 % fühlen sich nur und 39 % vor allem als Österreicher(innen).
- Als vertrauenswürdige EU-Institutionen gelten insbesondere die Europäische Zentralbank, der Europäische Rechnungshof, das Europaparlament und die Kommission. Seit dem Vorjahr haben allerdings Parlament, Ministerrat wie auch der Wirtschafts- und Sozialausschuß und der Regionalausschuß merkbar an Vertrauen verloren, dem Konvent über die Zukunft Europas (ohnehin nur einer Minderheit bekannt) begegnet man überwiegend mit Misstrauen.
- Inhaltlich werden von der EU in erster Linie die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut/sozialer Ausgrenzung, Terrorismus, Kriminalität/Drogenhandel, sowie Umweltschutz und Qualitätsgarantien für Nahrungsmittel.
- Die gewünschte Kompetenzverteilung zwischen Nationalstaat und Union wird bereichsspezifisch sehr unterschiedlich gesehen: gemeinsame Entscheidungen wünscht man vor allem beim Kampf gegen Terrorismus, Menschenhandel und organisierter Kriminalität, ferner bei EU-bezogenen Informationen, Forschungs- und Währungspolitik. Alleinig nationale Zuständigkeit wird man stärksten bei Polizei, Justiz sowie Gesundheits- und Sozialwesen präferiert.

- 62 % der Österreicher wollen eine Verfassung für die EU. Zwei Drittel – im EU-Vergleich überdurchschnittlich – plädieren für die Beibehaltung des nationalen Vetorechtes bei den wichtigsten und heikelsten Entscheidungen. Mit direkten Steuerzahlungen an die Union können sich nur wenige anfreunden.
- Die Erweiterung findet eine mehrheitliche Befürwortung, gilt aber nicht als prioritär. Bevorzugt wird eine selektive Erweiterungsstrategie mit den Schwerpunkten Ungarn, Malta, Zypern und Slowenien – abgesehen von den derzeitigen „Nicht-Kandidaten“ Schweiz und Norwegen. Befürchtungen im Hinblick auf die Erweiterung betreffen primär die vermuteten Kosten und negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, Hoffnungen die Stellung der EU in der Welt und kulturelle Bereicherung.
- Nach wie vor werden die Positiva der Erweiterung eher abstrakt, potentielle Negative eher in konkreten und stärker emotionalisierten Themenfeldern gesehen. Allgemein ist die Stimmung etwas skeptischer als im Winter des Vorjahres, speziell die Angehörigen der unteren Bildungs- und Sozialschichten sowie ältere Menschen zeigen ein Mehr an Sorge und Ängsten, die notabene durch die innenpolitische und mediale Diskussionslandschaft in Österreich wesentlich mitgeprägt wird.
- Das subjektive Informationsniveau über die Erweiterung wie über die EU, ihre Politik und Institutionen ist in Österreich deutlich höher als in den meisten anderen Mitgliedsstaaten, auch schenkt man der Nachrichtenlage über die EU vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit – auch wenn das diesbezügliche Interesse hinter dem an sozialen Themen, Umwelt, Wirtschaft, Politik und Sport rangiert.
- Informationen über die EU werden vor allem von den Massenmedien bezogen und auch gewünscht. Gerade die unteren Bildungs- und Sozialschichten, die überdurchschnittliche unions- und erweiterungsskeptische Orientierungen aufweisen, weisen hier ein nur wenig differenziertes Informationsverhalten auf. Dies sollte bei der Entwicklung von Informationsstrategien sowohl der Union wie nationaler Stellen stärkere Beachtung finden, da die Botschaften ansonsten Gefahr laufen, an jenen Adressaten vorbeizugehen die ohnehin schon durch ein beträchtliches Informationsdefizit aufweisen.

1. ALLGEMEINE EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

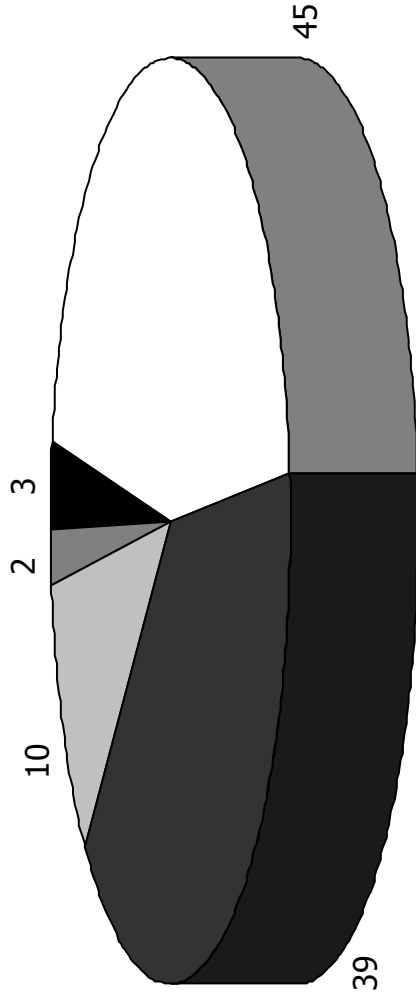
1.1. IDENTITÄTEN UND EMOTIONEN

In der nahen Zukunft sehen sich 45 % der Österreicher nur als Österreicher(innen), 39 % als Österreicher und Europäer, 10 % als Europäer und Österreicher und 2 % nur als Europäer(innen). Eine primär oder ausschließlich europäische Identität weisen somit 12 % auf, ein Wert der sich seit dem EU-Beitritt 1995 nur unwesentlich erhöht hat. EU-weit sind ausschließlich nationalstaatliche Identitäten mit 38 % geringer verbreitet als in Österreich, doch verbergen sich hinter diesem Durchschnittswert starke nationale Schwankungen. Vor allem die sechs Gründungsmitglieder und Spanien weisen vermehrt gemischte bzw. primär europäische Identitätsgefühle auf, während in Schweden und Finnland die gleichzeitig mit Österreich den Beitritt vollzogen haben, vor allem aber in Großbritannien, ausschließlich nationalstaatliche Identitäten noch weit ausgeprägter sind als in Österreich und primär europäische Zugehörigkeitsgefühle kaum vorzufinden sind. Soziodemografisch gesehen entsprechen die österreichischen Differenzen jenen der anderen EU-Länder: eine primär oder ausschließlich europäische Identität findet sich in den oberen Bildungsschichten mehr als dreimal so häufig wie in der untersten Bildungsschicht, bei jungen Menschen mehr als doppelt so häufig wie bei den Über-50Jährigen und im urbanen Bereich stärker als im ländlichen.

Im Hinblick auf den Nationalstolz liegt Österreich mit 49 % an sehr stolzen, 36 % an ziemlich stolzen, 7 % nicht sehr stolzen und 2 % überhaupt nicht stolzen Österreicher(inne)n im oberen Mittelfeld der EU, gleiches gilt auch für den Stolz darauf Europäer(in) zu sein: 18 % sehr, 48 % ziemlich, 47 % nicht sehr und 5 % überhaupt nicht). Der stärkste Nationalstolz in der EU findet sich in Griechenland, Irland und Finnland, der schwächste in Belgien und Deutschland. In allen Mitgliedsländern ist man auf die Zugehörigkeit zur eigenen Nation stolzer als auf die Zugehörigkeit zu Europa, wobei es allerdings keinen durchgehenden Zusammenhang zwischen Nationalstolz und Europastolz gibt: manche Länder wie Irland, Italien und Dänemark verbinden hohen Nationalstolz mit vergleichsweise hohem Europastolz oder befinden sich wie Belgien und Dänemark in beiden Dimensionen auf einem niedrigen Niveau, Großbritannien wird durch hohen Nationalstolz und niedrigem Europastolz charakterisiert, Luxemburg (Europa) und Griechenland (national) weisen nur in einer Dimension Auffälligkeiten auf.

Nationale und Europäische Identität

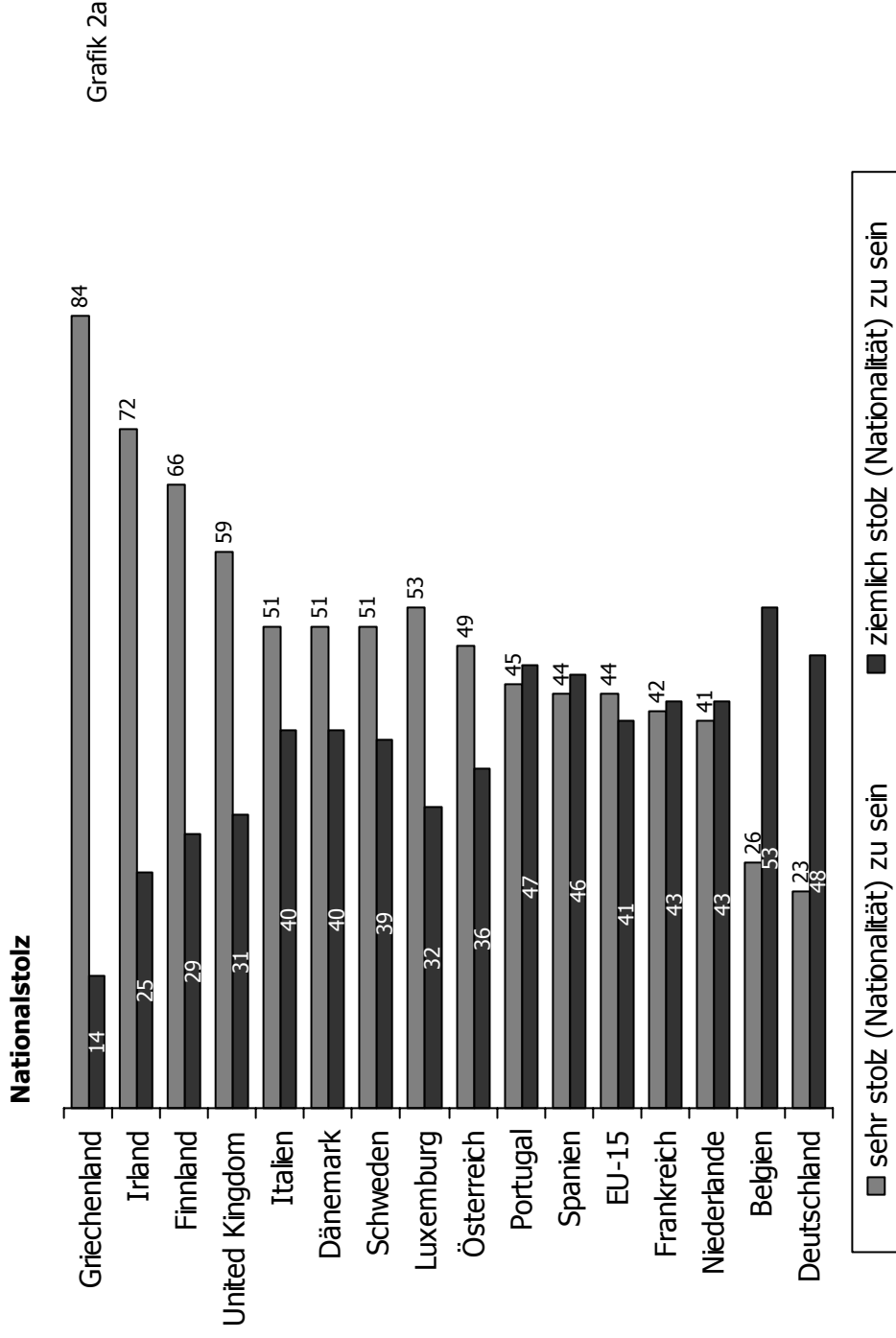
Frage 27: In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da ...?



- nur als Österreicher/in
- als Österreicher/in und als Europäer/in
- als Österreicher/in
- nur als Europäer/in
- als Europäer/in und als Österreicher/in
- weiß nicht

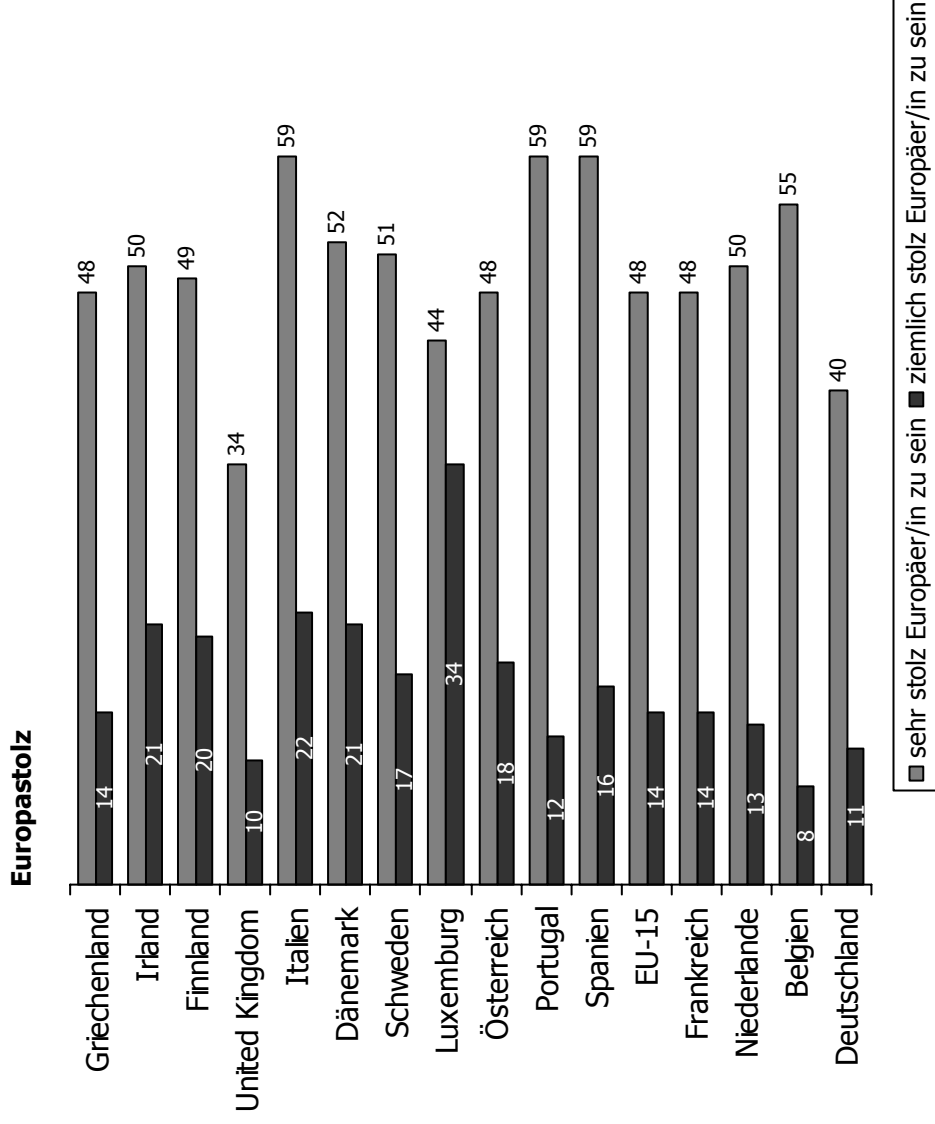
Nationalstolz und Europastolz im EU-Vergleich

Frage 28: Würden Sie sagen, Sie sind sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, ein Österreicher/eine Österreicherin zu sein?



Nationalstolz und Europastolz im EU-Vergleich

Frage 29: Würden Sie sagen, Sie sind sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz, ein Europäer/eine Europäerin zu sein?



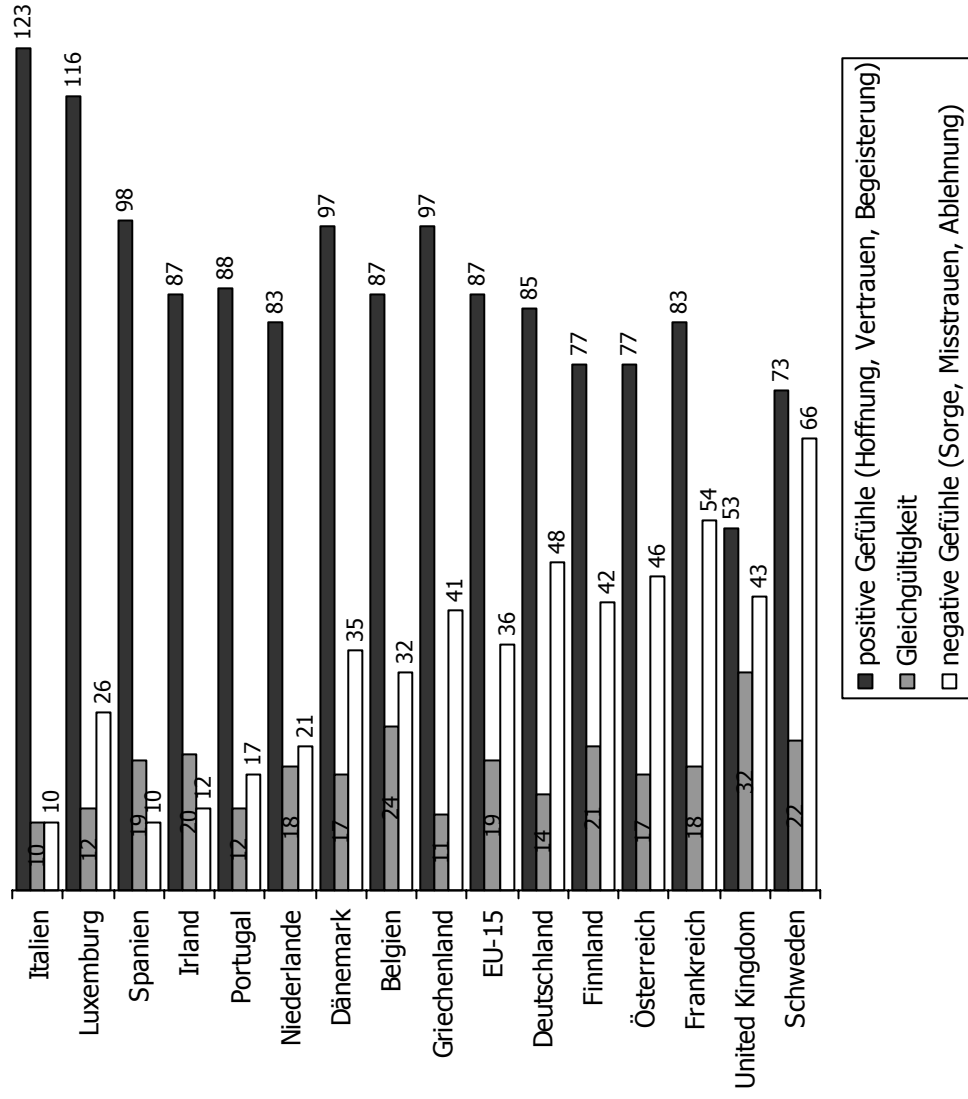
Grafik 2b

Emotional verbinden die Österreicher mit der Europäischen Union vor allem Hoffnung (46%), gefolgt von Vertrauen (23 %) aber auch Sorge (22 %), freilich auch Misstrauen (19 %); 17 % zeigen sich gleichgültig; Begeisterung (7%) und Ablehnung (5 %) nennen nur wenige. Insgesamt überwiegen so die positiven Gefühle (Hoffnung, Vertrauen, Begeisterung) über die negativen (Sorge, Misstrauen, Ablehnung); erstere sind schwächer, letztere stärker vertreten als im Schnitt der EU-15. Wiederum finden sich über die einzelnen Mitgliedsländer recht unterschiedliche Gefühlswelten- und Kombinationen: fast nur positive Gefühle in Italien, Luxemburg und Spanien, deutlich überdurchschnittlich ausgeprägte Negative in Schweden, erkennbar aber auch in Frankreich, Deutschland und Österreich, ein hohes Maß an Indifferenz im Vereinigten Königreich.

Die emotionale Beziehung zur Union und zu Europa erweist sich so in den meisten EU-Ländern als durchaus differenziert. Sie ist in Österreich etwas distanzierter als im Schnitt der EU-15 und vor allem als bei den meisten Gründungsmitgliedern und in Spanien, aber ansatzweise positiver als bei den beiden anderen Ländern der letzten Beitrittsrunde 1995.

Europa-Feeling im EU-Vergleich

Frage 30: Gibt Ihnen persönlich die Europäische Union das Gefühl von Begeisterung, Hoffnung, Vertrauen, Gleichgültigkeit, Sorge, Misstrauen, Ablehnung?



Die Europäische Union bedeutet für die Österreicher vor allem der EURO (50 %) und die Freiheit überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten (39 %), also relativ konkrete, persönlich erfahrbare Dinge. Die herausragende Rolle des EURO liegt vor allem in seiner "Alltäglichkeit" begründet, vermutlich auch in der in Österreich weitgehend problemlosen Einführung und Akzeptanz. Als permanent präsenten Symbol könnte er so längerfristig durchaus zum Mittel einer emotionalen Identitätsstiftung werden, an denen es der Union bekanntlich mangelt. Es folgen zwei negative Assoziationen nämlich Geldverschwendung und Bürokratie sowie positiv Frieden, stärkere Mitsprache in der Welt und kulturelle Vielfalt, aber auch mehr Kriminalität. Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Wohlstand werden etwa gleichhäufig angeführt, erkennbar auch nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen. Die geringsten Nennungshäufigkeiten entfallen auf soziale Sicherheit und den Verlust der kulturellen Identität (je 12 %).

Ängste im Hinblick auf den Aufbau von Europa richten sich in Österreich speziell auf eine (mögliche) Zunahme von Arbeitslosigkeit und den Verlust sozialer Leistungen. Darin spiegelt sich nicht zuletzt die in Österreich verbreitete Grundhaltung des „sozialen Garantismus“ wieder, wonach der Staat primär für die Garantie sozialer Sicherheitsleistungen, insbesondere der Arbeitsplätze und des Sozialsystems zuständig sei, aber eben auch die schwache Verbindung von EU und sozialer Sicherheit. Eher wenig Ängste betreffen den Verlust der nationalen Identität und Kultur (wie erwähnt kein Punkt der besonders mit der EU in Verbindung gesetzt wird) und die Existenz Österreichs als solche; selbst das Aufzwingen von Entscheidungen seitens der großen Mitgliedsländer erregt weniger Befürchtungen als in den meisten anderen kleinen EU-Staaten. In Summe weisen die meisten Österreicher so ein pragmatisch-distanziertes Verhalten zur Union auf. Man schätzt konkrete Vorteile, kritisiert und fürchtet Dinge, die auch im eigenen Land zu Unbehagen und Sorge Anlass geben; eine "Auflösung" nationaler Identität und Staatlichkeit stehen dabei kaum zur Debatte.

Assoziationen zur EU

Frage 18: Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

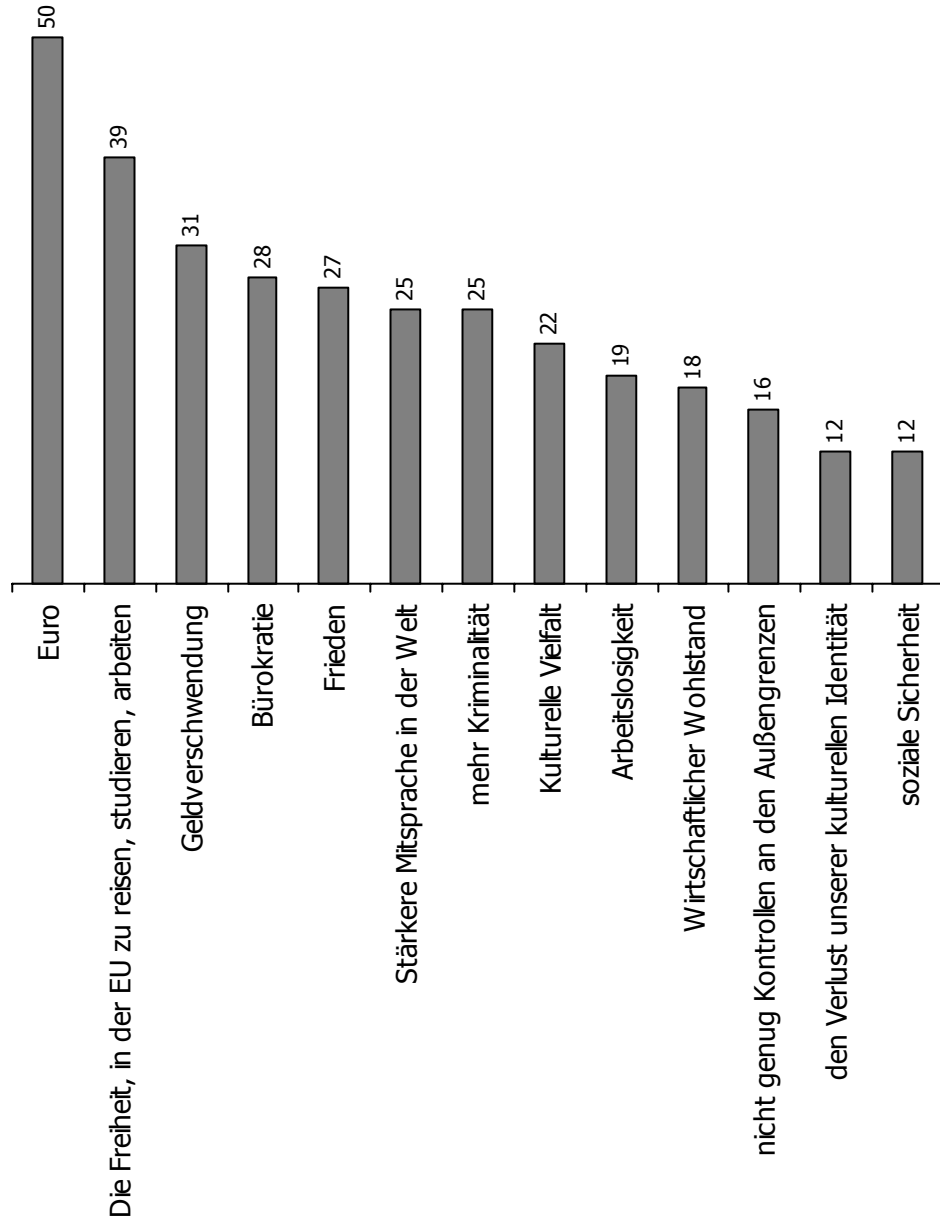


Tabelle: Ängste im Hinblick auf den Aufbau der EU

in % haben derzeit Angst	Österreich	EU-15	starke, überdurchschnittliche Ängste in ...
die Zunahme der Arbeitslosigkeit	65	65	GR, P, D, L
der Verlust sozialer Leistungen	61	67	P, F, D, A
Zunahme des Drogenhandels und der internationalen organisierten Kriminalität	58	65	FIN, P, S, F, L
Entscheidungen, die von den großen Mitgliedsländern aufgezwungen werden	52	53	S, FIN, NL, DK, GR
eine Wirtschaftskrise	43	49	P, F, GR, D
der Verlust unserer nationalen Identität	36	41	UK, GR, P, S
Österreich wird nicht mehr wirklich bestehen	28	34	UK, P, F, GF

Quelle: EUROBAROMETER 57.1, Frühjahr 2002

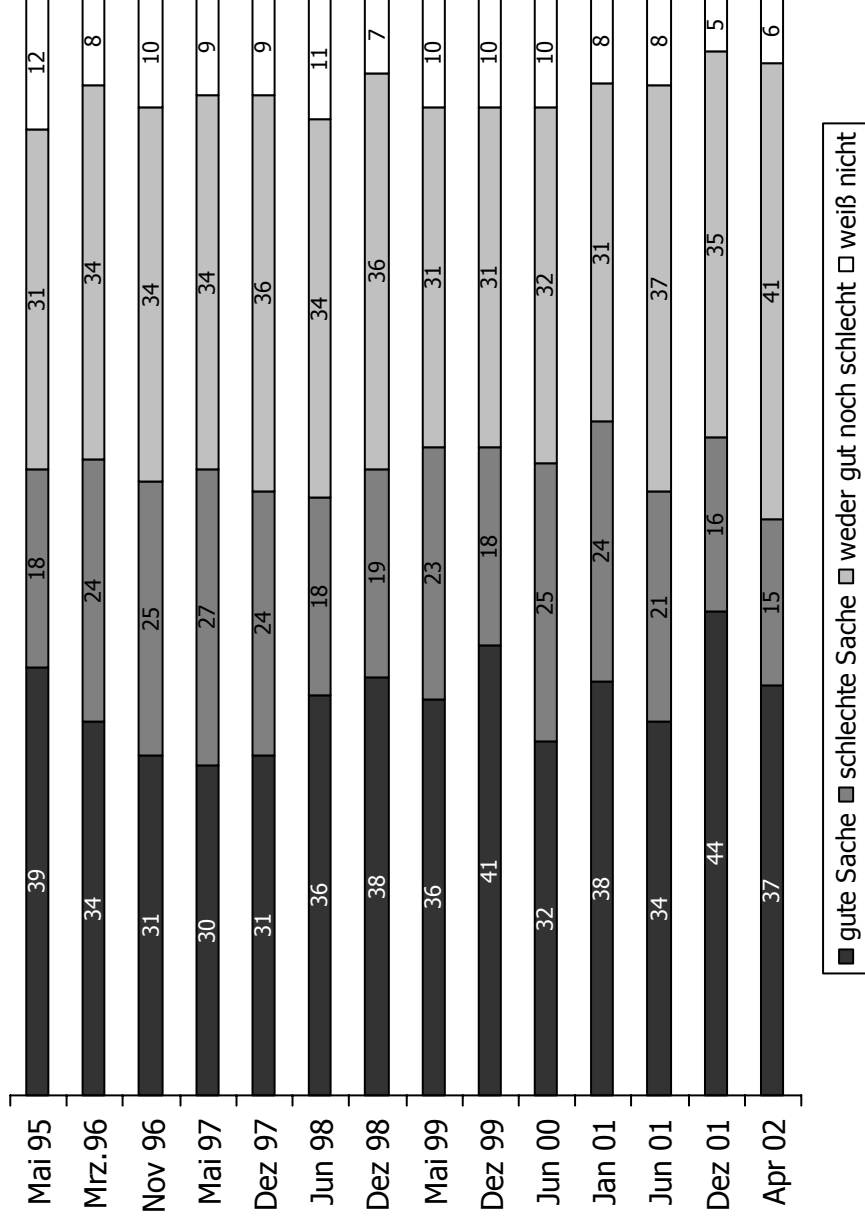
1.2. DIE SICHTWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU wird von 37 % als gute Sache und von 15 % als schlechte Sache bewertet, 41 % meinen sie sei weder gut noch schlecht. Gegenüber dem Dezember des Vorjahres hat sich das dezidiert positive Urteil um minus 7 Prozentpunkte abgeschwächt, die ambivalente Beurteilung um plus 6 Prozentpunkte erhöht. Dennoch ist die Sichtweise positiver als in den ersten Jahren der Mitgliedschaft als der Anteil an Kritikern signifikant höher lag. Ähnliches gilt für die Frage, ob die Mitgliedschaft in der EU für Österreich insgesamt von Vorteil ist (40 %, minus 6 PP) oder ob dies nicht der Fall ist (ebenfalls 40 %); 19 % wissen dies nicht zu beantworten. In beiden Punkten fällt die Bewertung in den jüngeren Altersgruppen und bei den besser Gebildeten signifikant positiver aus als bei älteren und weniger gebildeten Menschen. Frauen äußern sich seltener eindeutig positiv. Österreich liegt in der generalisierten Bewertung deutlich unter dem Schnitt der EU-15, ähnlich wie die anderen beiden anderen Newcomer Finnland und vor allem Schweden.

Etwa ein Drittel gibt an, dass die EU für ihn oder sie ein sehr positives (7 %) oder ziemlich positives (25 %) Image habe, ein Fünftel verweist auf ein ziemlich (17 %) oder sehr negatives (4 %) Image; am stärksten verbreitet ist mit 42 % ein neutrales Image. Persönlich mehr Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft erten 24 %, mehr Nachteile 19 %; 47 % meinen die Mitgliedschaft habe ihnen ebenso viele Vorteile wie Nachteile gebracht. Auch in diesen beiden Punkten fällt das österreichische Meinungsbild kritischer aus als beim Gros der anderen Mitgliedstaaten aber besser als in Schweden und Finnland. Ein Scheitern der Union würden 31 % sehr bedauern, während 12 % sehr erleichtert wären. 46 % würden darauf mit Gleichgültigkeit reagieren. Hier liegt Österreich in etwa im europäischen Durchschnitt.

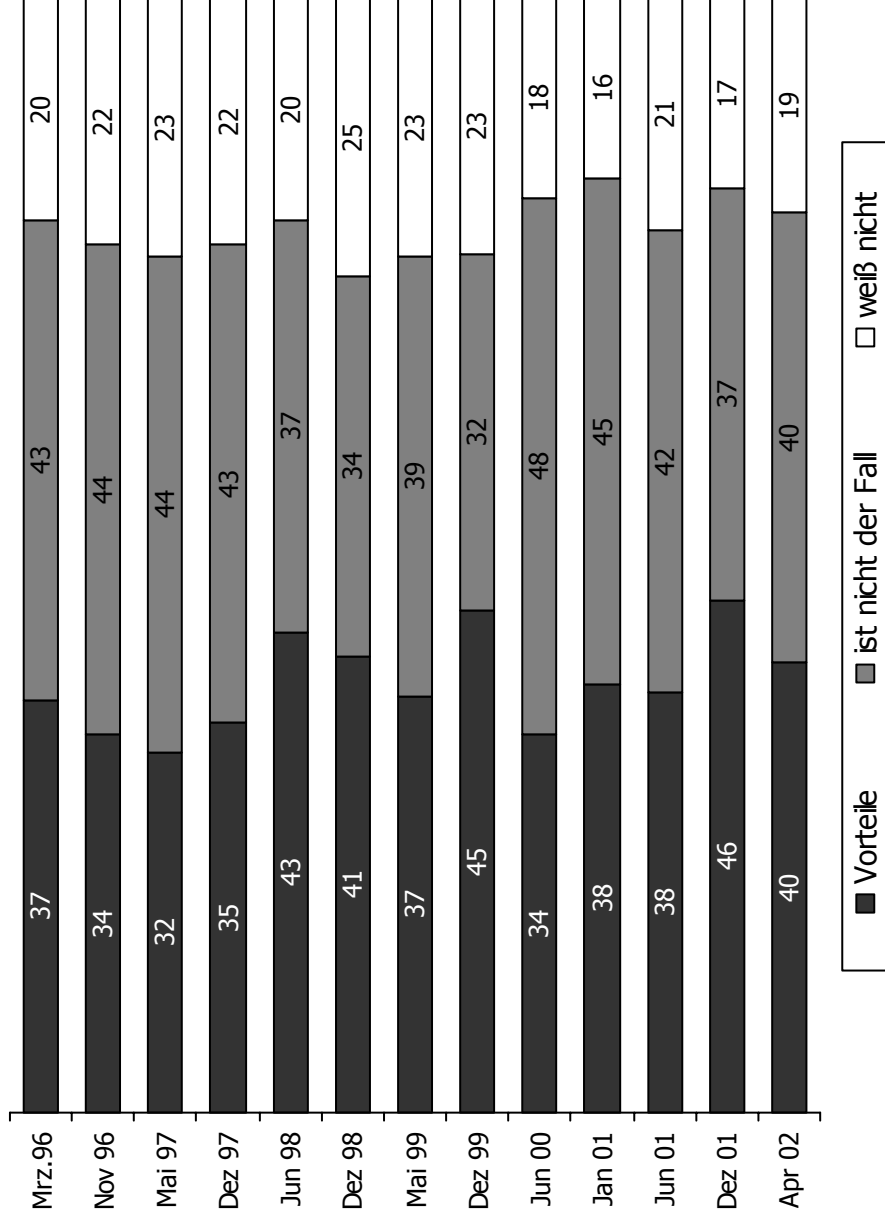
EU-Mitgliedschaft: gut – schlecht (1995-2002)

Frage 13: Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?



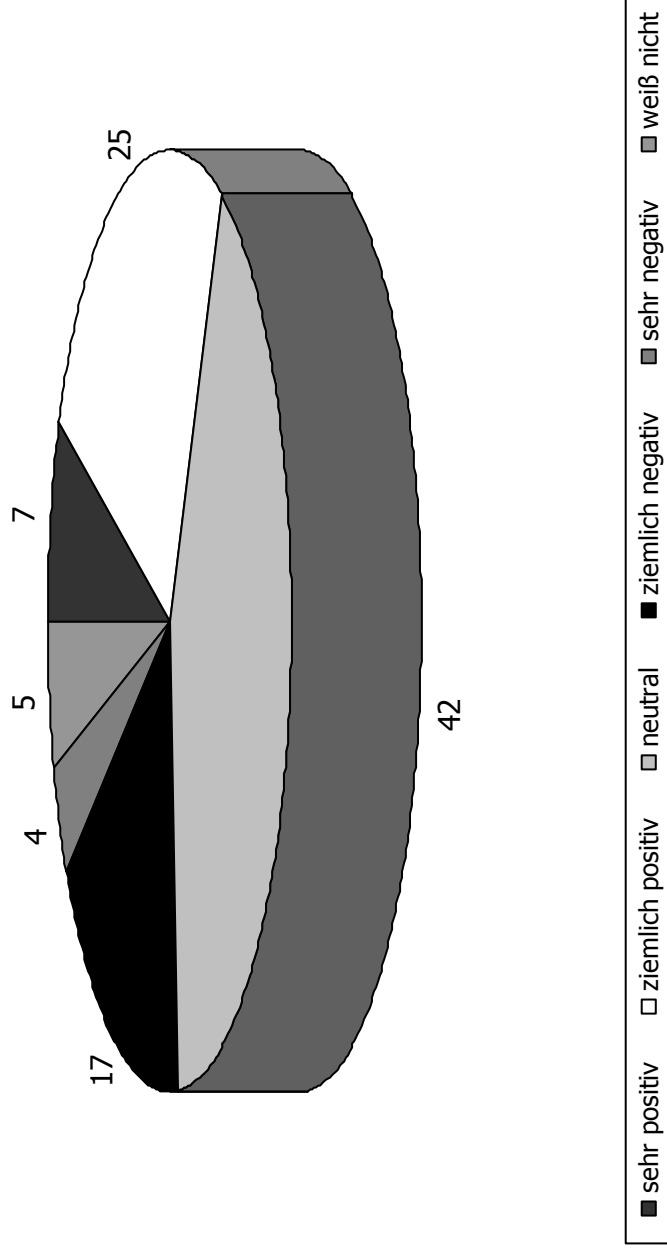
Vorteile durch EU-Mitgliedschaft (1996-2002)

Frage 14: Hat Ihrer Meinung nach Österreich insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall?



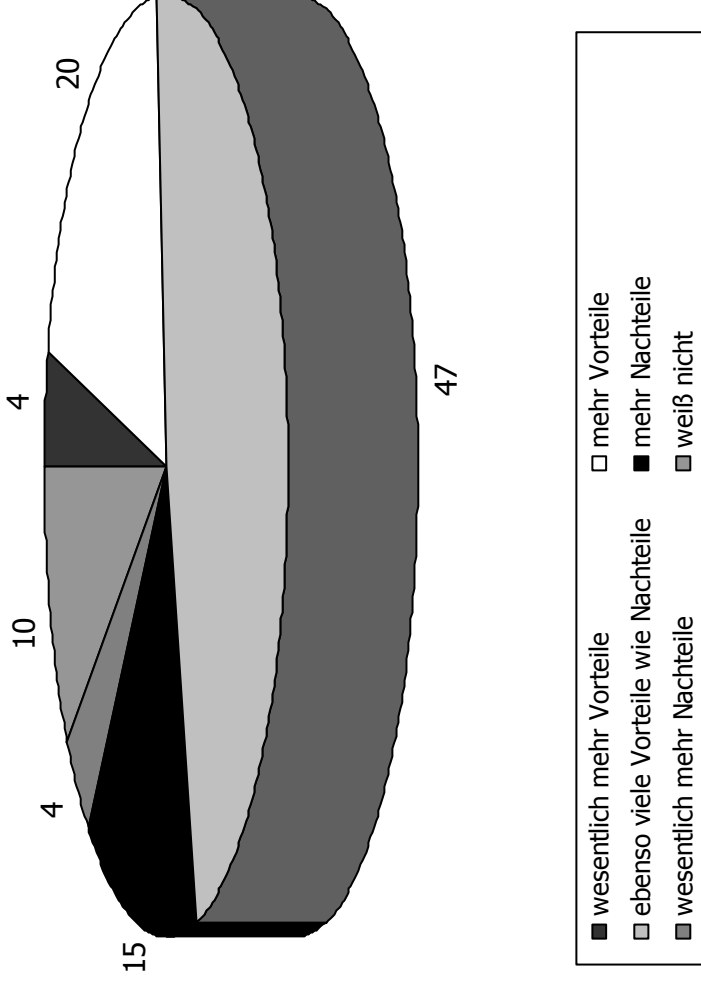
Frage 15: Hat die Europäische Union im Allgemeinen für Sie ein sehr positives, ziemlich positives, ein neutrales, ein ziemlich negatives oder ein sehr negatives Image?

Grafik 7



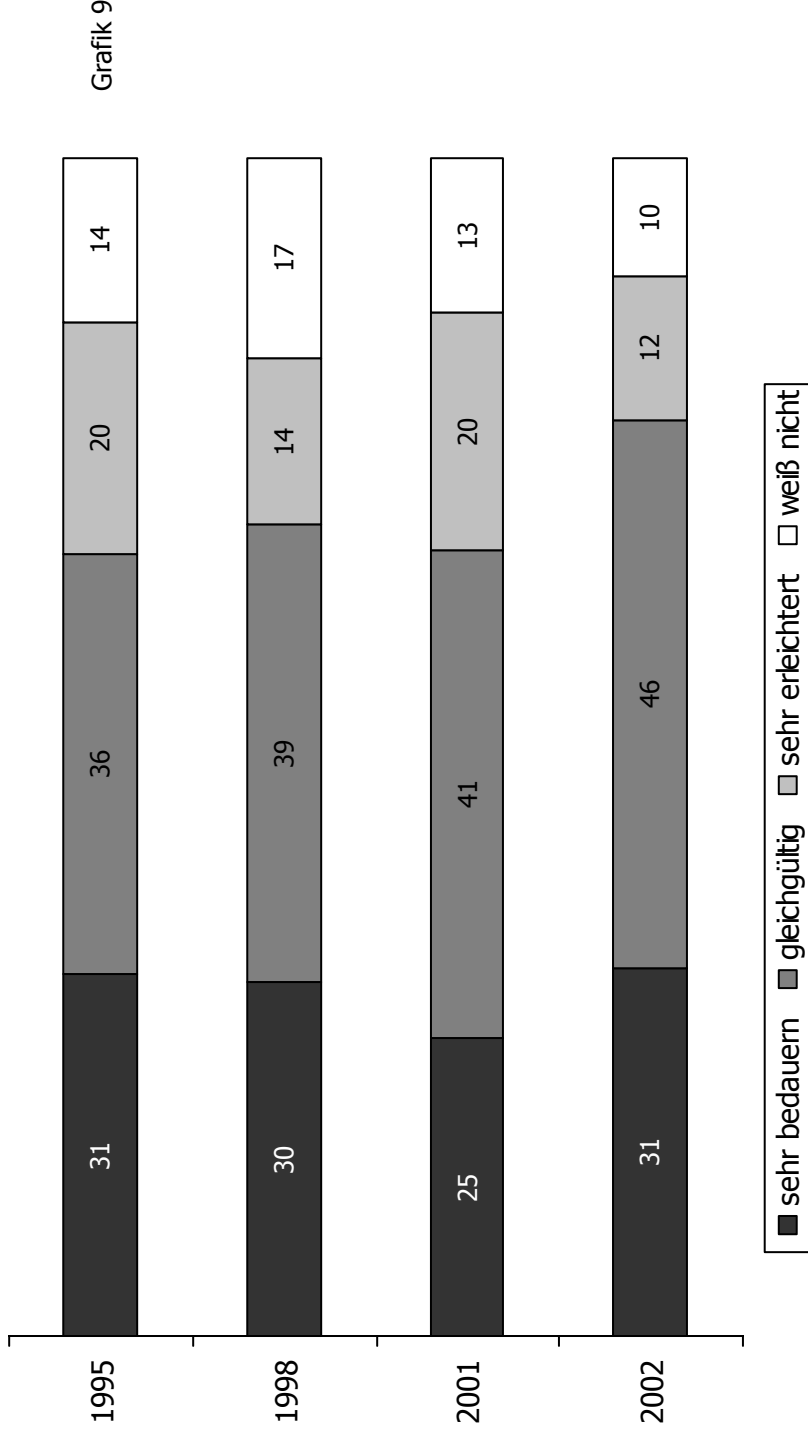
EU Mitgliedschaft: Persönliche Bilanz

Frage 16: Sind Sie der Meinung, dass Ihnen persönlich die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union wesentlich mehr Vorteile, mehr Nachteile, eben so viele Vorteile wie Nachteile, mehr Nachteile, wesentlich mehr Nachteile gebracht hat?



Reaktion auf Scheitern der EU (1995-2002)

Frage 17: Wenn man Ihnen morgen erzählen würde, dass die Europäische Union gescheitert ist, würden Sie es sehr bedauern, wäre es Ihnen gleichgültig oder würden Sie sehr erleichtert sein?



Von den EU-Institutionen weisen das Europäische Parlament mit 90 %, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof (jeweils über der 80-Prozent Marke) die höchste (gestützte) Bekanntheit auf, es folgen der Ministerrat der EU und der Europäische Rechnungshof (jeweils ca. drei Viertel). Weit geringer ist die Bekanntheit des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Regionalausschusses, des Europäischen Ombudsmannes und dem Konvent über die Zukunft der EU. In den letzten Jahren konnten dabei der Gerichtshof, der Ombudsmann, der Rechnungshof und die Zentralbank merkbar an Bekanntheit gewinnen.

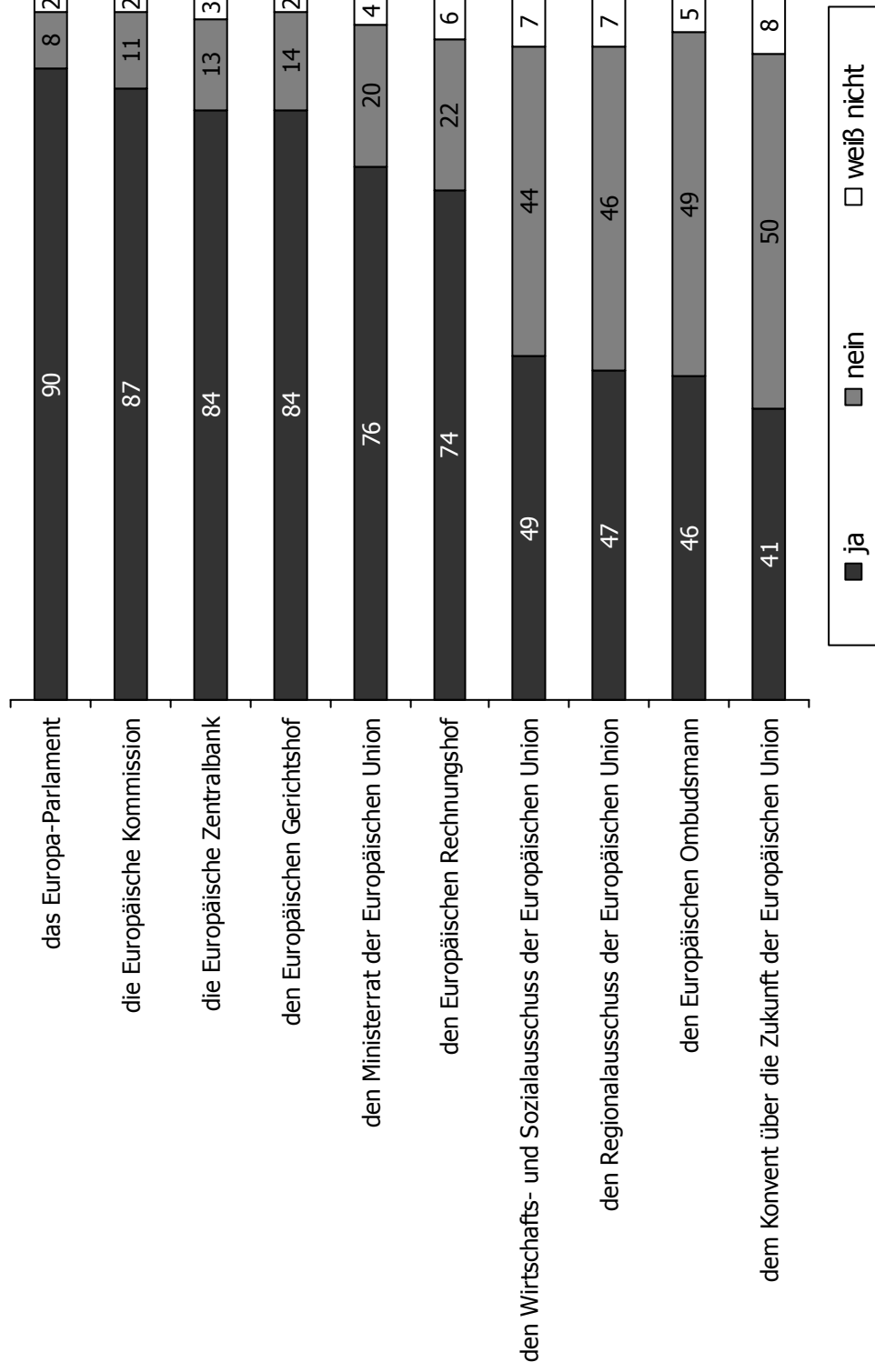
Eine wichtige Rolle im Leben der EU spricht man vor allem der Zentralbank, dem Europäischen Gerichtshof, dem Parlament und der Kommission zu; schwächer aber doch mehrheitlich dem Rechnungshof und dem Ministerrat. Hinsichtlich Regionalausschuß, Wirtschafts- und Sozialausschuß, Ombudsmann und Konvent über die Zukunft der EU zeigt man sich vergleichsweise unsicher oder weist ihnen in höherem Ausmaß keine wichtige Rolle zu.

Vertrauen genießt speziell die Europäische Zentralbank (50 % Vertrauen, 29 % Misstrauen, d.s. + 21 Prozentpunktdifferenz Vertrauensüberschuß), erkennbar weniger aber immer noch mit einem Vertrauensüberhang ausgestattet sind der Rechnungshof (+ 14 PPD), das Parlament (+ 12 PPD) und die Kommission (+ 12 PPD). Der Europäische Ombudsmann wird zu 33 % als vertrauenswürdig erachtet (29 % kein Vertrauen, aber 38 % weiß nicht). Mehrheitlich Misstrauen bringt man dem Ministerrat (- 3 PPD), dem Wirtschafts- und Sozialausschuß (- 3 PPD), dem Regionalausschuß (- 5 PPD) und dem Konvent über die Zukunft der Europäischen Union (- 7 PPD) entgegen; bei den drei letztgenannten vermögen aber viele Befragte keine Einschätzung abzugeben. Seit dem Vorjahr haben das Europäische Parlament, der Ministerrat und die beiden Ausschüsse starke Vertrauenseinbußen hinnehmen müssen. In längerfristiger Perspektive (seit 1999) hat sich die Vertrauensbilanz von Kommission, Zentralbank, Ministerrat, Ombudsmann und Rechnungshof sowie des Regionalausschusses verbessert, jene von Parlament und Sozial- und Wirtschaftsausschuß bewegt sich 2002 in etwa auf dem Niveau von 1999. Besonders bedenklich mutet der Rückgang an Vertrauen und der Ausstieg an Misstrauen beim Europäischen Parlament, der einzigen unmittelbar demokratisch gewählten Institution der EU, an. Vertrauensverluste in diese Institution sind zwar auch in einer Reihe anderer Länder zu verzeichnen, so in Belgien, Luxemburg, Irland, Spanien und Schweden, freilich ohne ein korrespondierender Anteil an Misstrauen begleitet und mit Ausnahme Schwedens von einem absolut deutlich höheren

Vertrauensniveau ausgehend. Dazu kommt, dass - mit teilweiser Ausnahme von Zentralbank und Gerichtshof - die Vertrauensbilanz insgesamt eher mäßig ausfällt. das heißt, die EU verfügt - anders als die Nationalstaaten (vgl. Kapitel 3.3.) - kaum über Möglichkeiten, Vertrauensdefizite einzelner Institutionen durch hohe Vertrauensgespräche an andere Institutionen auszubalancieren.

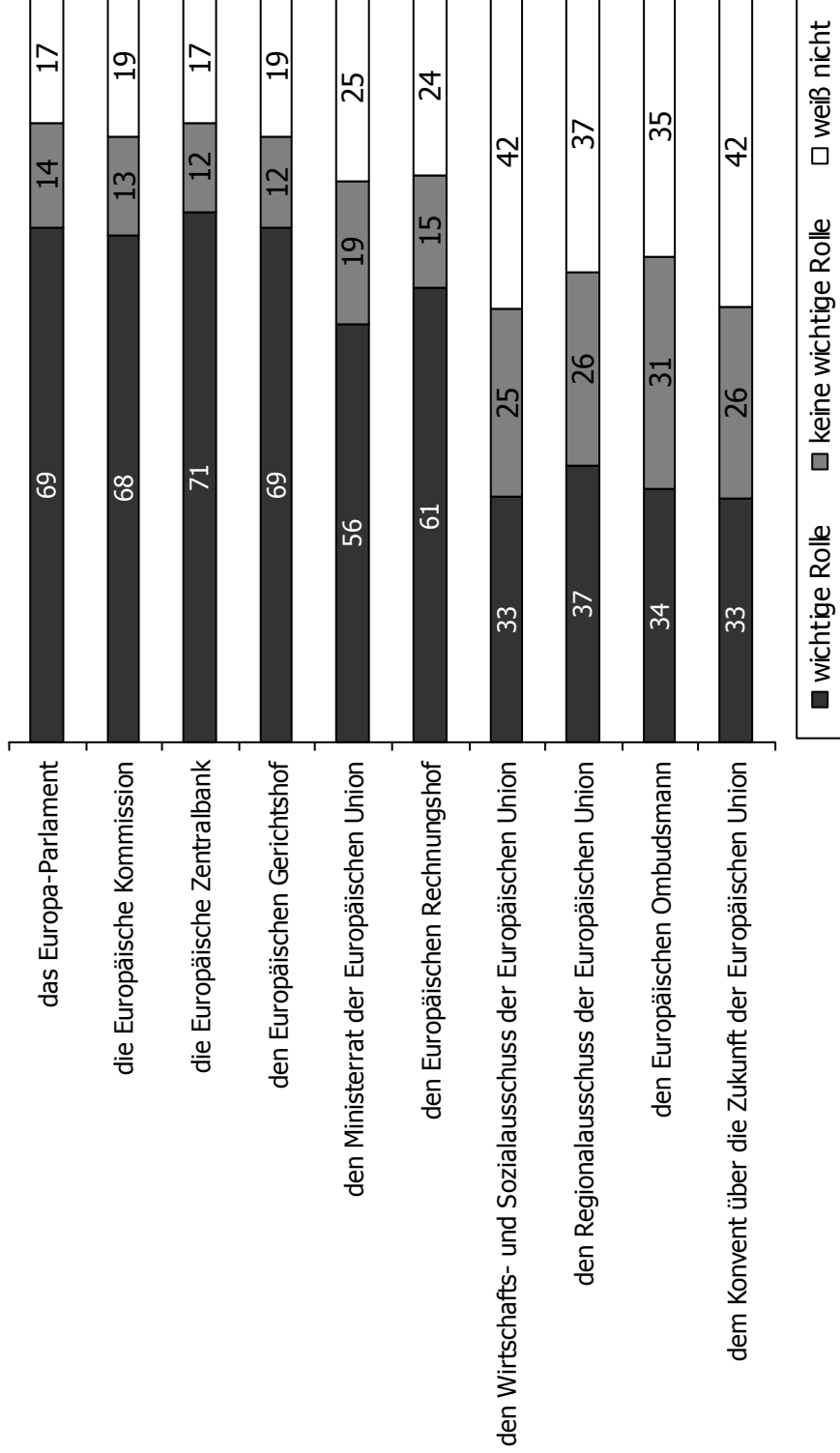
Bekanntheit Europäische Institutionen

Frage 19: Haben Sie jemals etwas gehört über ...?



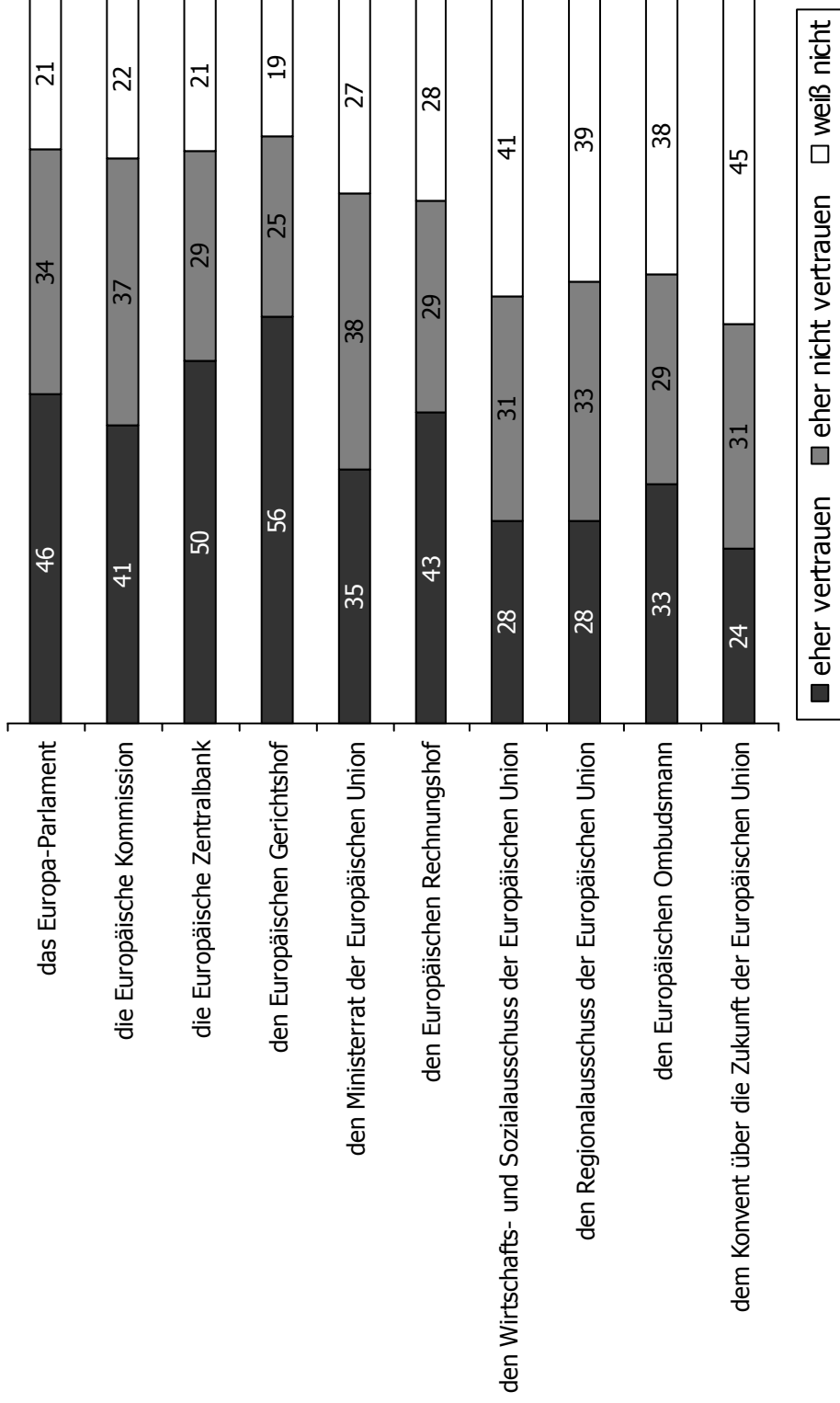
Bedeutung Europäischer Institutionen

Frage 20: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Europäischen Einrichtungen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle oder keine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt?



Vertrauen in Europäische Institutionen

Frage 21: Sagen Sie mir bitte für jede dieser Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen?



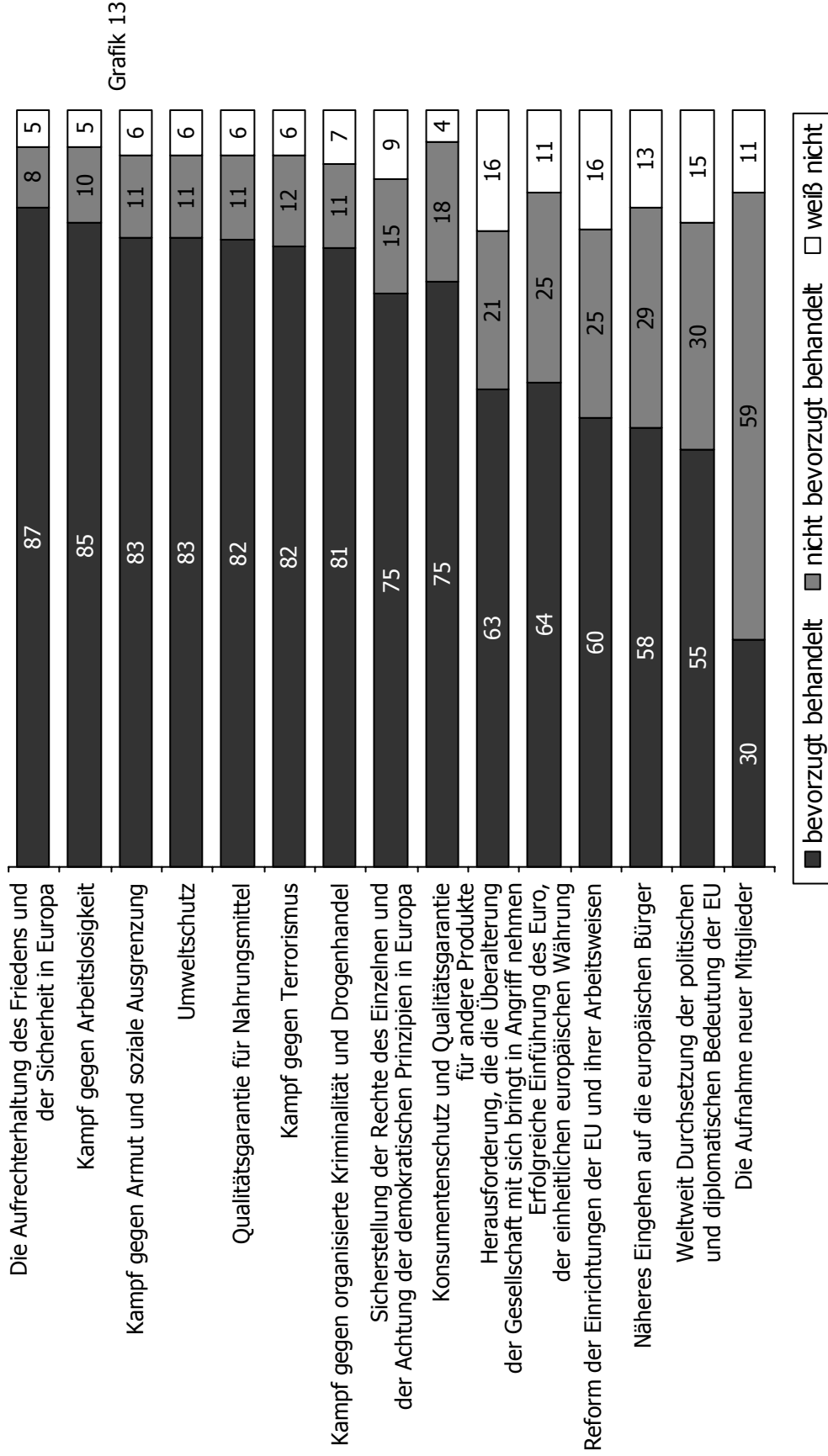
1.3. POLITIKPRIORITÄTEN UND KOMPETENZVERTEILUNG

An inhaltlichen Aktivitäten der EU will man vor allem die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa, den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Umweltschutz, Qualitätsgarantien für Nahrungsmittel, den Kampf gegen Terrorismus sowie gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel bevorzugt behandelt wissen (jeweils mehr als 80 %). Hoher Stellenwert kommt auch der Sicherstellung der Rechte des Einzelnen und der Achtung demokratischer Prinzipien in Europa wie dem Konsumentenschutz und Qualitätsgarantien für andere Produkte zu (jeweils drei Viertel „bevorzugt behandeln“). Es folgen die Angriffnahme der Herausforderung die die Überalterung der Gesellschaft mit sich bringt, die erfolgreiche Einführung des EURO, die Reform der EU und ihrer Arbeitsweisen und ein näheres Eingehen auf die europäischen Bürger; etwas schwächer die weltweite Durchsetzung der politischen und diplomatischen Bedeutung der EU. Am Ende der Prioritätenliste rangiert die Aufnahme neuer Mitgliedsländer.

82 % sprechen sich dafür aus, die Kinder in der Schule zu lehren wie die Einrichtungen der EU funktionieren; 72 % befürworten eine Europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung und 69 % eine gemeinsame Außenpolitik der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber anderen Ländern. 70 % sind für den Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Kommissare falls diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Europa-Parlament haben. Etwas weniger deutlich fällt die Befürwortung einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten (61 %) aus und die Zuschreibung der Verantwortung an die EU für jene Angelegenheiten, die nicht effektiv durch die Regierungen auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene behandelt werden können (60 %). Für eine Erweiterung der EU um neue Länder sprechen sich 45 % der Österreicher aus, dagegen 36 %.

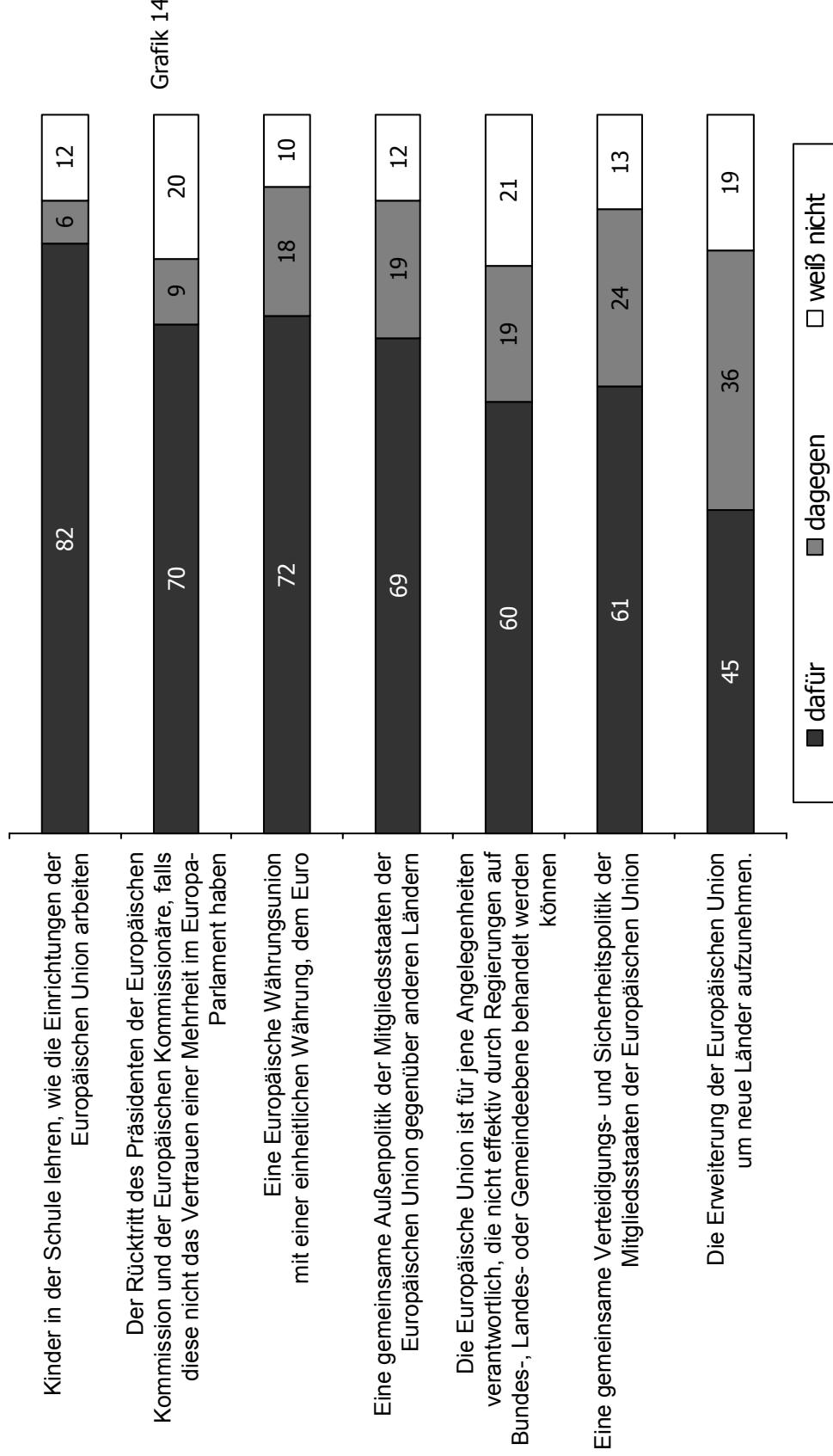
Bevorzugte Maßnahmen

Frage 26: Ich werde Ihnen eine Reihe von Aktivitäten vorlesen, die die Europäische Union durchführen könnte. Sagen Sie mir bitte für jede einzelne Aktivität, ob diese Ihrer Meinung nach bevorzugt behandelt werden sollte oder nicht.



Vorschläge zur EU

Frage 25: Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen sie mir für jeden einzelnen Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind?

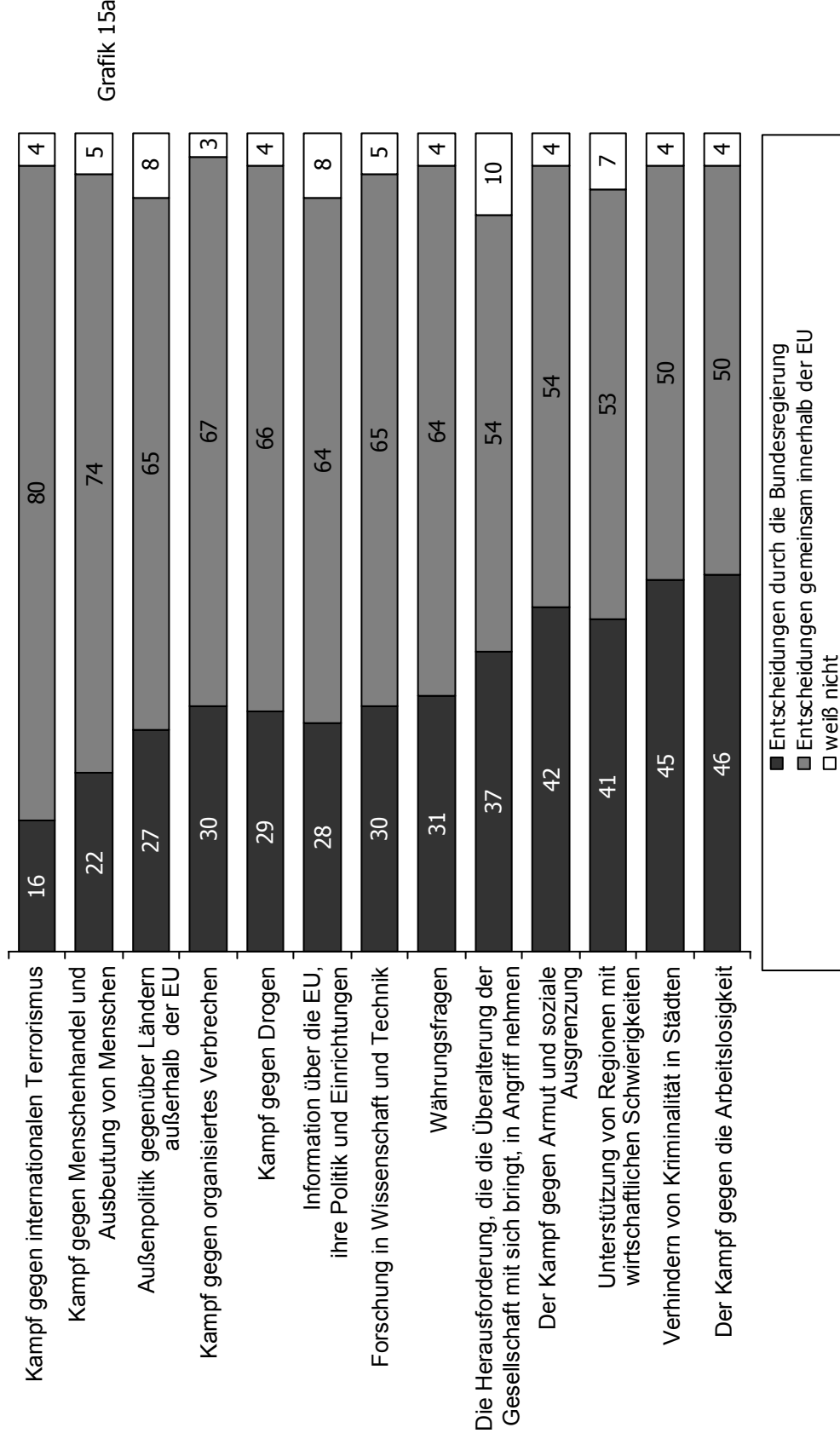


Die gewünschte Kompetenzverteilung zwischen Österreich und der EU wird wie folgt gesehen:

Gemeinsame Entscheidungen innerhalb der EU wünscht man mit starker Mehrheit für Kampf gegen internationalen Terrorismus, gegen Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen, gegen organisiertes Verbrechen und gegen Drogen, ferner für Informationen über die EU, ihre Politik und Einrichtungen, für Forschung in Wissenschaft und Technik und in Währungsfragen. Etwas weniger deutlich fällt die gewünschte Kompetenzzuteilung an die EU aus bei den Herausforderungen die die Überalterung der Gesellschaft mit sich bringt, beim Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, bei der Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, bei der Verhinderung von Kriminalität in den Städten und beim Kampf gegen Arbeitslosigkeit.

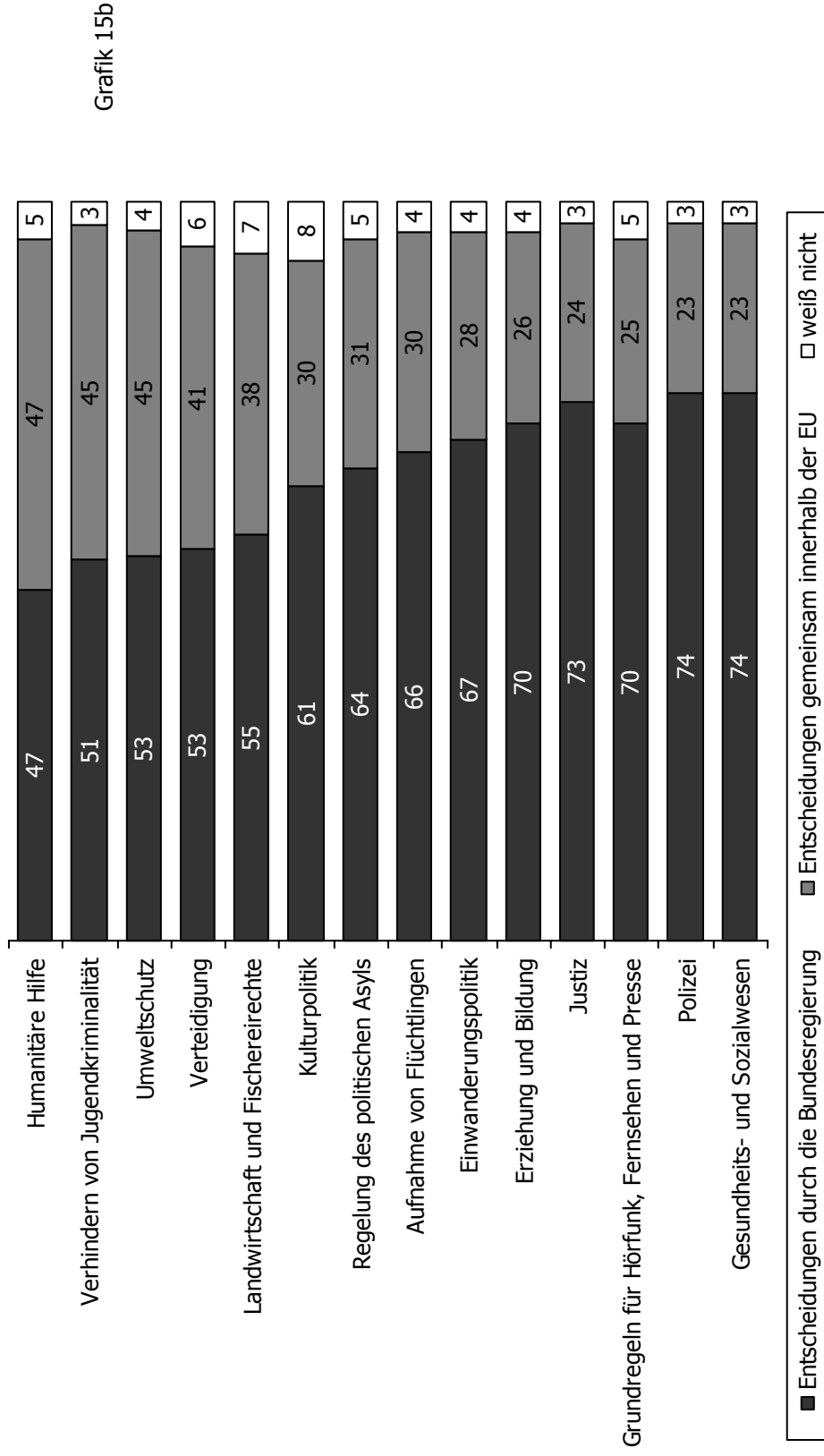
In der Frage der Humanitären Hilfe sprechen sich je 47 % für eine gemeinsame Entscheidung in der EU bzw. für die Alleinentscheidung Österreichs aus. Eine Entscheidung durch die österreichische Bundesregierung wünscht man mit vergleichsweise knapper Mehrheit für die Bekämpfung von Jugendkriminalität, Umweltschutz und Verteidigung sowie bei Landwirtschaft und Fischereirechten. Weit klarer ist dies bei Kulturpolitik, Regelung des politischen Asyls, Aufnahme von Flüchtlingen, Einwanderungspolitik, Erziehung und Bildung und Grundregeln für die Medien der Fall. Drei Viertel befürworten eine nationale Zuständigkeit bei Polizei, Justiz sowie im Gesundheits- und Sozialwesen.

Frage 24: Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der Österreichischen Bundesregierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten.



Entscheidungskompetenzen

Frage 24: Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der Österreichischen Bundesregierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten.



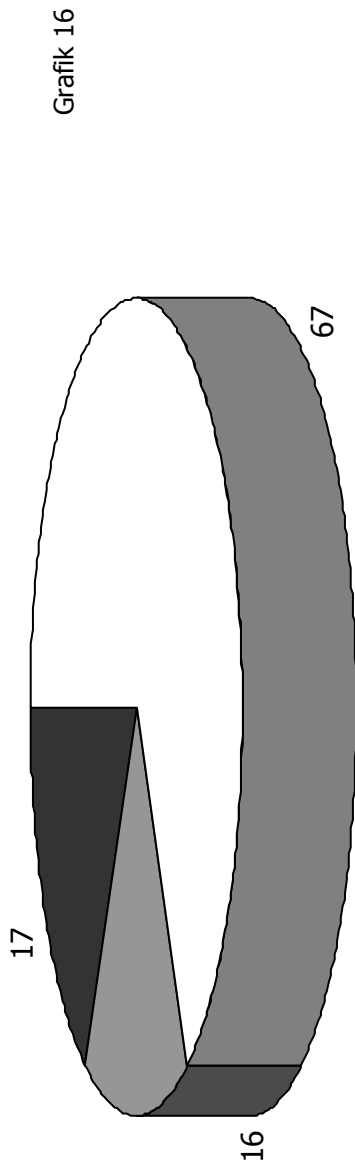
1.4. VERFASSUNG UND REFORMVORSCHLÄGE

Beinahe zwei Drittel (62 %) der österreichischen Befragten sprechen sich dafür aus, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte, die gegenteilige Ansicht vertreten nur 12 %. Hinsichtlich des Wahlmodus für den Präsidenten der Europäischen Kommission votieren 32 % für eine Direktwahl durch die EU-Bürger, 31 % für eine Wahl durch die Mehrheit des Europa-Parlaments; nur 16 % wünschen eine Nominierung durch die Staats- und Regierungschefs.

Das nationale Vetorecht bei den wichtigsten und heikelsten Entscheidungen sollte nach Ansicht von 67 % beibehalten werden, um wesentliche nationale Interessen zu schützen; lediglich 16 % plädieren für seine Aufgabe, um die EU effizienter zu machen (17 % weiß nicht). Die Österreicher zählen zu den stärksten Befürwortern des Vetorechte, das generell speziell in den kleineren Mitgliedsstaaten geschätzt wird. Freilich gibt es in keinem Land eine Mehrheit für die Aufgabe des Vetorechtes.

Jede(r) Zweite (49 %) lehnt den Vorschlag ab, Steuern direkt an die EU zu bezahlen, 21 % befürworten dies, 30 % beziehen dazu keine Stellung. Hier liegt Österreich im Mainstream, der EU-Staaten, nirgendwo möchte eine Mehrheit auch nur kleine Steuerbeträge direkt an die Union abführen.

**Frage 42: In der Europäischen Union hat jeder Mitgliedsstaat ein Vetorecht bei den wichtigsten oder heikelsten Entscheidungen.
Mit anderen Worten: Jedes Land kann eine solche Entscheidung blockieren, auch wenn andere Länder diese unterstützen. Sollte dieses Vetorecht ...?**



- ☐ beibehalten werden, um wesentliche nationale Interesse zu schützen
- ☐ aufgegeben werden, um die Europäische Union effizienter zu machen
- ☐ weiß nicht

2. DIE ERWEITERUNG

Das subjektive Informationsniveau über die Erweiterung ist in Österreich nicht nur deutlich höher als in fast allen anderen Mitgliedsländern der Union, es hat auch im Verlauf eines Jahres eine massive Steigerung erfahren: fühlten sich im Frühjahr 2001 30 % der Österreicher sehr gut oder gut über die Erweiterung der EU informiert, so waren es im Herbst 2001 38 % und im Frühjahr 2002 45 %. Nicht sehr gut informiert sehen sich 41 % und überhaupt nicht gut informiert 12 % (5 % weiß nicht). Als Ursachen dafür können zum einen die vergleichsweise starke objektive Betroffenheit Österreichs von der Erweiterung der Union speziell um die Länder Ostmittel- und Osteuropas angesehen werden, zum anderen die ausgeprägte öffentliche Diskussion des Themas vor allem im Winter 2001 im Zusammenhang mit der Kampagne für das Volksbegehren gegen die Inbetriebnahme des tschechischen AKW Temelin. Diese Kampagne wurde im wesentlichen von der Freiheitlichen Partei und der größten österreichischen Tageszeitung getragen, faktisch auch von Politikern und regionalen Organisationen der Sozialdemokratischen Partei unterstützt. Gegen diese – für den Gesetzgeber im übrigen nicht verbindliche – Initiative sprachen sich insbesondere der Kanzler, die Regierungsmitglieder der ÖVP und die Grünen sowie die Qualitätsmedien aus. Im Endergebnis unterzeichneten 15,5 % der Stimmberechtigten das Begehren, in dem die Regierung unter anderem aufgefordert wurde, die Inbetriebnahme des AKW nötigenfalls durch ein Veto gegen einen tschechischen EU-Beitritt zu verhindern.

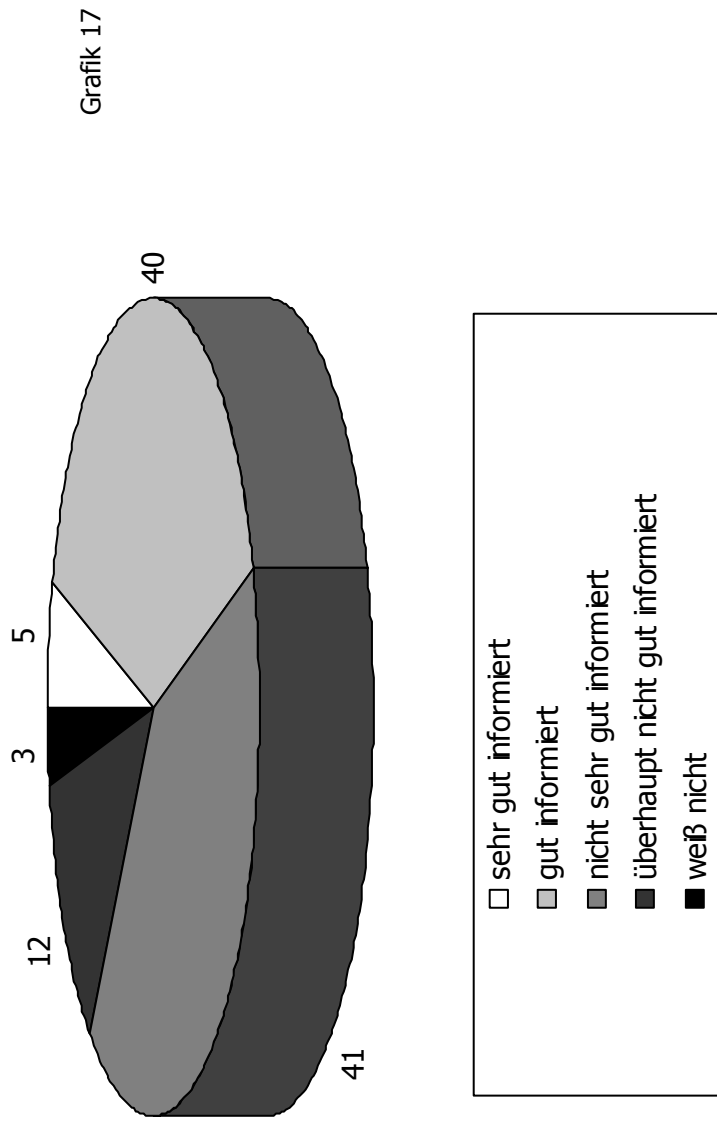
Ungeachtet der teilweise überaus emotional geführten Debatte hat sich die Einstellung der Österreicher zur Erweiterung im Beobachtungszeitraum nur marginal verändert. Im Frühjahr 2002 treten 18 % für eine Erweiterung um alle betrittswilligen Länder und 47 % für eine Erweiterung um einige Länder ein; 23 % lehnen die Erweiterung dezidiert ab. Im Herbst 2001 betrugen die entsprechenden Prozentsätze 20 % (alle), 44 % (einige) und 18 % (keine Erweiterung). Eine überdurchschnittlich ausgeprägte prinzipielle Ablehnung des Erweiterungsprojektes findet sich in den unteren Bildungs- und Einkommensschichten, bei wenig qualifizierten Berufstätigen, älteren Menschen und in den ländlichen Regionen. Die genannten soziodemografischen Unterschiede sind in Österreich tendenziell stärker als im Durchschnitt der EU-15, von stärkerer Bedeutung sind jedoch Faktoren wie die allgemeine Einstellung zur EU und ihren Institutionen. Studien die im gleichen Zeitraum in Österreich durchgeführt wurden und die Analyse der Teilnehmerstruktur am oben erwähnten

Volksbegehren verweisen zudem auf den Einfluß parteipolitischer Orientierung, des Medienverhaltens und des subjektiven Informationsniveaus über die Erweiterung.

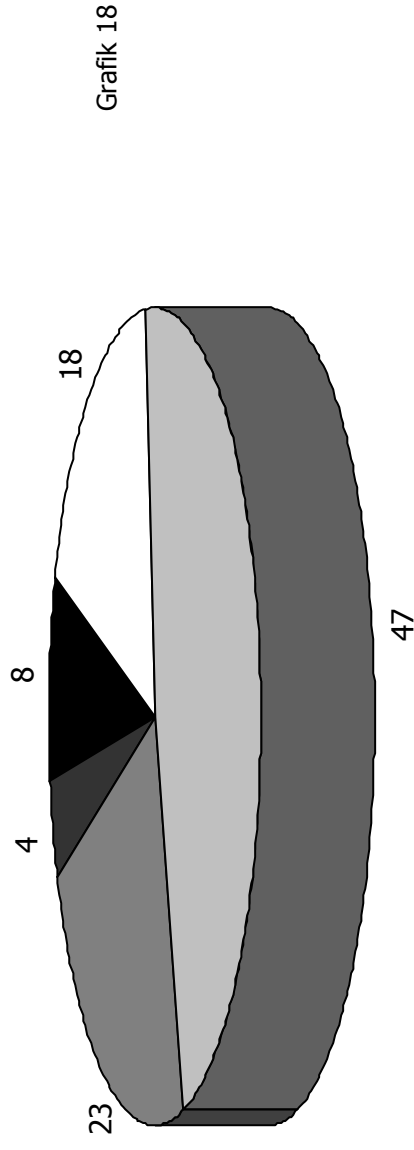
Hinsichtlich der einzelnen Beitrittskandidaten wird deutlich differenziert: 61 % der Österreicher sind dafür, dass Ungarn Mitglied der Europäischen Union wird; mehrheitlich wird auch eine Mitgliedschaft von Malta, Zypern und Slowenien befürwortet. Jeweils etwa ein Drittel spricht sich für die Aufnahme von Estland, Lettland und Litauen aus. Im Hinblick auf die Tschechische Republik, die Slowakei, Polen (und die Türkei) äußert sich jeweils mehr als die Hälfte ablehnend und nur kleine Minderheiten befürworten eine Mitgliedschaft von Bulgarien und Rumänien. Das entsprechende Meinungsbild unterliegt im Zeitverlauf zwar Schwankungen bezüglich der Prozentsätze von Befürwortung und Ablehnung – im Frühjahr 2001 waren die Werte für praktisch alle Länder positiver; die Rangordnung der Länder bleibt aber weitgehend stabil. Dies deutet darauf hin, dass aktuelle Ereignisse nur einen begrenzten Einfluß darauf haben, welche Länder man in der Union sehen möchte und welche eher nicht. Ähnliches gilt auch für die Einstellung zu einer eventuellen Mitgliedschaft anderer europäischer Länder: drei Viertel befürworten einen EU-Beitritt der Schweiz und Norwegens, etwa die Hälfte einen solchen von Island. Umgekehrt spricht sich ca. die Hälfte gegen eine Mitgliedschaft Kroatiens aus und noch stärkere Vorbehalte bestehen in bezug auf Bosnien-Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Jugoslawien und Albanien. Grosso modo kommen hier vor allem stereotypisierte Länderimages bzw. Sympathiebekundungen zum Tragen, was freilich auch für andere Mitgliedsländer der Union gilt – so zeigen sich die Befragten in den skandinavischen Ländern gegenüber einen Beitritt der baltischen Staaten besonders aufgeschlossen.

Subjektives Informationsniveau zur EU-Erweiterung

Frage 39: Wie gut fühlen Sie sich über die Erweiterung der Europäischen Union, das heißt den Beitritt neuer Staaten, informiert? Fühlen sie sich ...?



Frage 35: Welche dieser drei Möglichkeiten bevorzugen Sie für die nähere Zukunft der Europäischen Union?

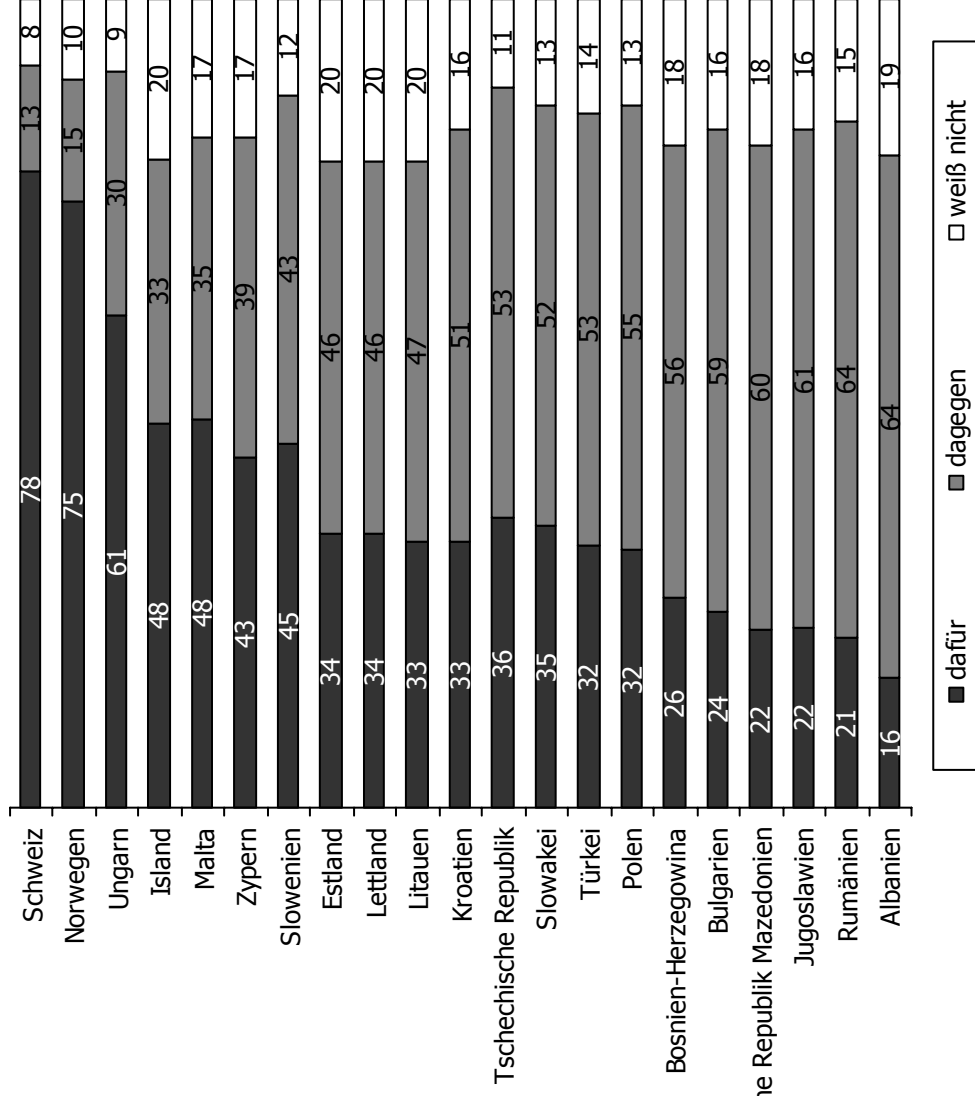


Grafik 18

- ☐ Die EU sollte um alle Länder erweitert werden, die ihr beitreten wollen
- ☐ Die EU sollte nur um einige Länder erweitert werden, die ihr beitreten wollen
- ☐ Die EU sollte um keine zusätzlichen Länder erweitert werden
- ☐ nichts davon (spontan)
- ☐ weiß nicht

Erweiterung um einzelne Länder

Frage 36a/b: Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass es Teil der Europäischen Union wird.

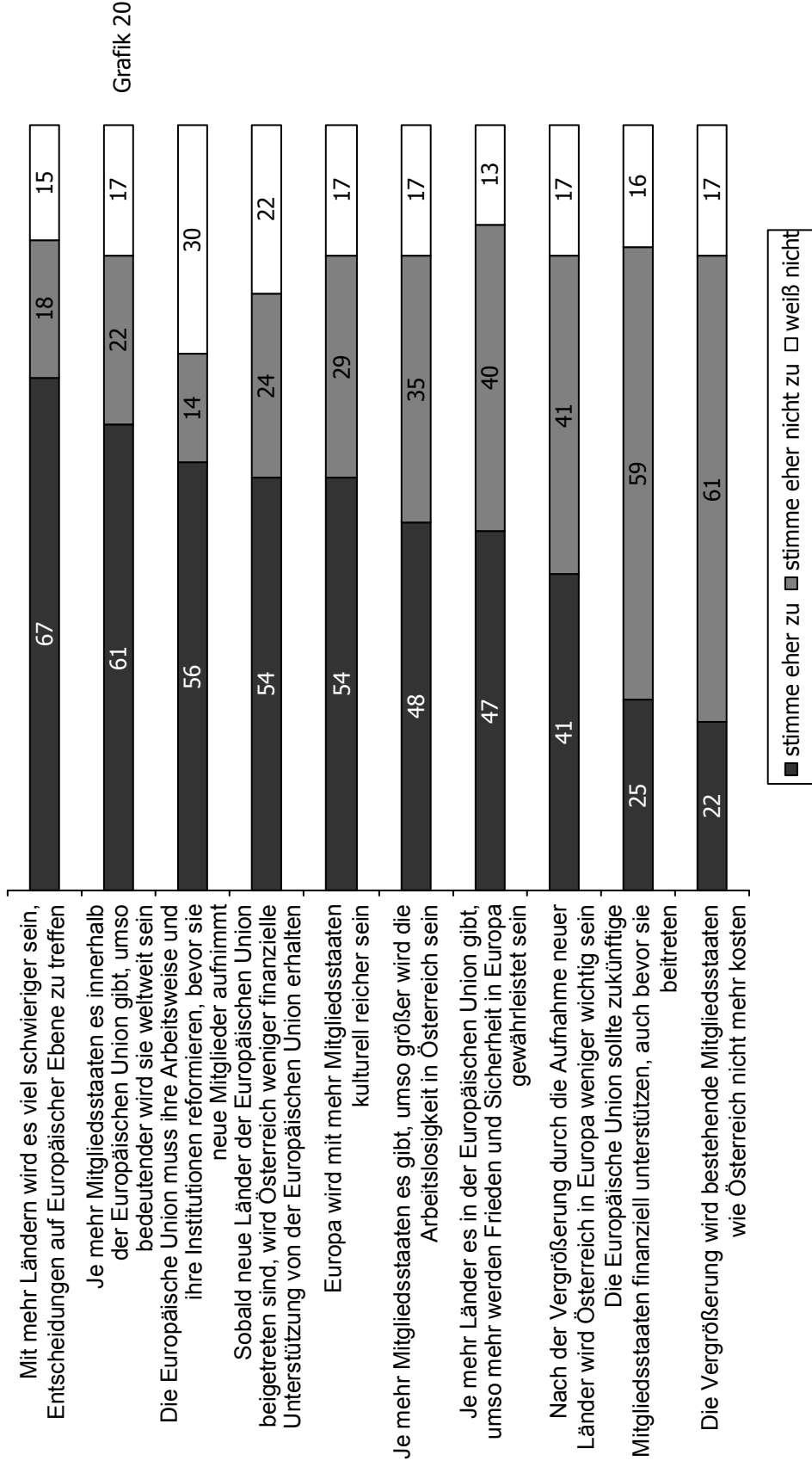


Wie schon aus den früheren EUROBAROMETER - Umfragen ablesbar, werden die Auswirkungen der Erweiterung sehr differenziert beurteilt: überwiegend vertritt man die Ansicht, dass eine Vergrößerung der EU ihre weltweite Bedeutung steigern wird (61 %) und eine kulturelle Bereicherung Europas darstellt (54 %); auch orten 47 % eine vermehrte Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa. Umgekehrt vermuten 67 % dass die Entscheidungsfindung auf Europäischer Ebene dadurch schwieriger wird, befürchten 61 % Mehrkosten für Österreich, 54% eine Verringerung der finanziellen Unterstützung Österreichs durch die EU und fast die Hälfte (48%) einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich. 56 % sehen zudem die Notwendigkeit einer Reform der Arbeitsweise und Institutionen der EU bevor sie neue Mitglieder aufnimmt. Geteilt sind die Ansichten ob eine Vergrößerung der EU die Wichtigkeit Österreichs beeinträchtigen wird. Zuletzt sprechen sich 59 % gegen eine finanzielle Unterstützung zukünftiger Mitgliedsstaaten vor deren Beitritt aus. Im Vergleich zum Dezember 2001 haben dabei die skeptischen Stimmen an Gewicht zugenommen, die potentiellen positiven Auswirkungen werden hingegen seltener ins Treffen geführt. Generell zeigt sich, dass Befürchtungen im Hinblick auf die Erweiterung konkrete Themen (Kosten und Arbeitslosigkeit) berühren, Hoffnungen hingegen eher abstraktere Bereiche (wie die Stellung der EU in der Welt und kulturelle Bereicherung). Dies bedeutet freilich auch, dass die Erweiterungsfrage nach wie vor ein "negatives Emotionalisierungspotential" speziell in den unteren Bildungs- und Sozialschichten aufweist, das - entsprechende politische und massenmediale Instrumentalisierung vorausgesetzt - nach wie vor ein "Kippen" des derzeit eher positiven "Erweiterungsklimas" nicht ausschließen lässt. Wie einschlägige österreichische Studien zeigen, hängt die Einstellung zur EU-Erweiterung wesentlich von den innerösterreichischen Eliten ab - in positiver wie negativer Hinsicht.

Unsicherheit herrscht bezüglich der Art der EU-internen Entscheidungsfindung nach der geplanten Erweiterung: 40 % möchten die Entscheidungen dann einstimmig durch alle Mitgliedsstaaten getroffen wissen, 35 % befürworten Entscheidungen durch eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten (12 % kommt darauf an und 13 % weiß nicht). Im EU-Durchschnitt sprechen sich 33 % für das Einstimmigkeitsprinzip und 41 % für Mehrheitsentscheidungen aus.

Feststellungen zur Erweiterung

Frage 38: Wenn Sie an die Erweiterung der Europäischen Union durch die Aufnahme neuer europäischer Länder denken. Stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder nicht?



3. SONDERTHEMEN

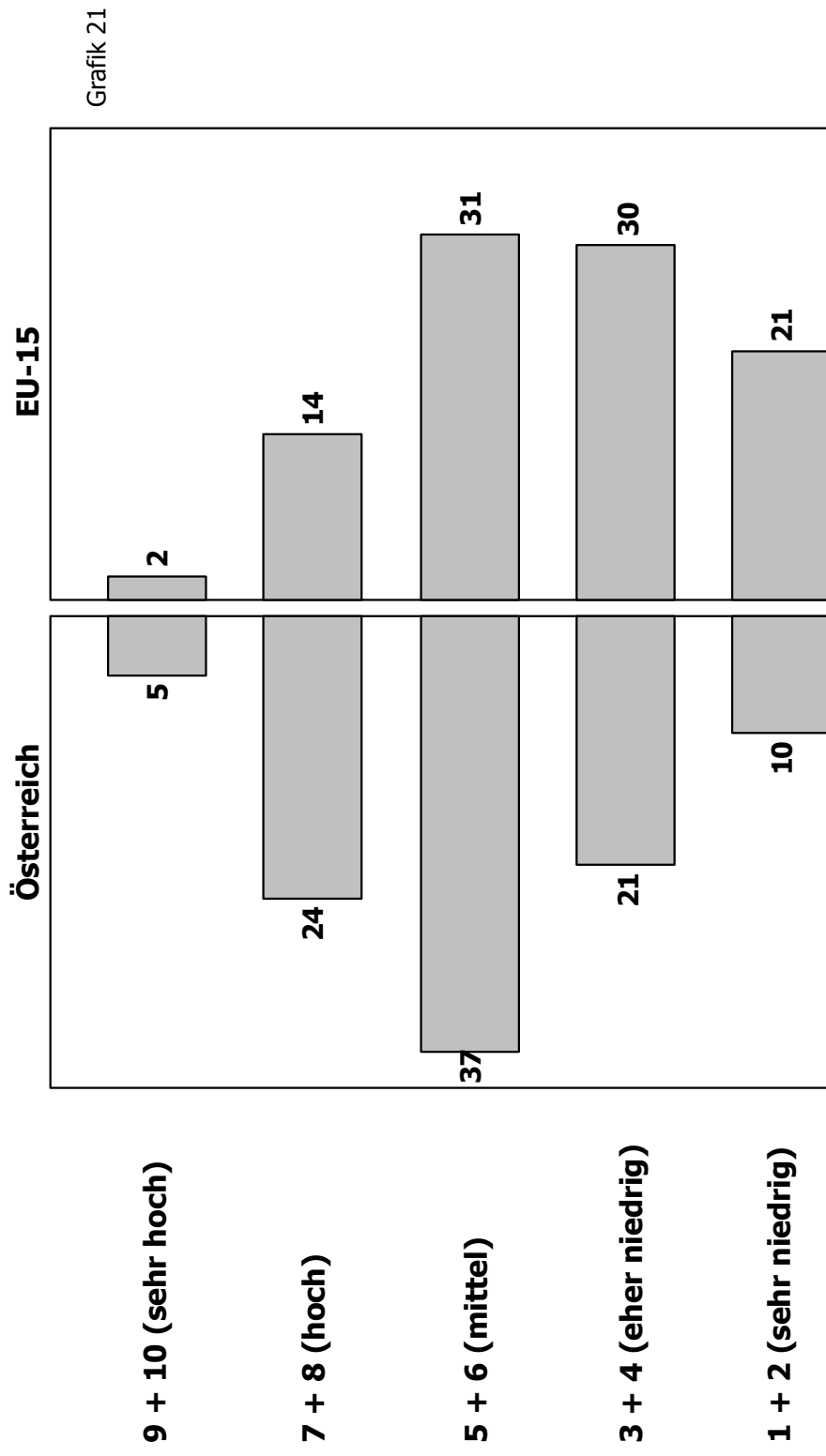
3.1. INFORMATIONEN ÜBER DIE EU

Beachtung schenken die Österreicher vor allem Nachrichten zu sozialen Belangen (56% viel Beachtung) und zur Umwelt (55% viel Beachtung), gefolgt von Wirtschaft (46%), von Politik und Sport (je 42%). Jeweils etwa ein Drittel schenkt Nachrichten zu Außenpolitik, Kultur und zur EU viel Beachtung (EU: 32% viel, 52% wenig, 15% keine). Die EU findet eine starke überdurchschnittliche Aufmerksamkeit in der oberen Bildungsschicht, bei Männern und in großen Städten, bei Angehörigen qualifizierter Berufe und vor allem Opinion-Leaders. Im EU-Vergleich ist die Beachtung der Nachrichtenlage über die EU in Österreich sehr hoch (EU-15: nur 20% viel Beachtung).

Der Spitzenplatz im EU-Vergleich überhaupt nimmt Österreich im Hinblick auf das subjektive Informationsniveau über die EU, ihre Politik und Institutionen ein: auf einer 10-stufigen Skala von 1,0 (=weiß überhaupt nicht) bis 10,0 (=weiß sehr viel) entfällt auf die österreichischen Befragten ein Mittelwert von 5,31 (EU-15 Durchschnitt 4,35).

Subjektives Informationsniveau über die EU

Frage 39: Stufen Sie bitte anhand dieser Skala ein, wieviel Sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen wissen. 1 bedeutet – weiß überhaupt nichts; 10 bedeutet – weiß sehr viel



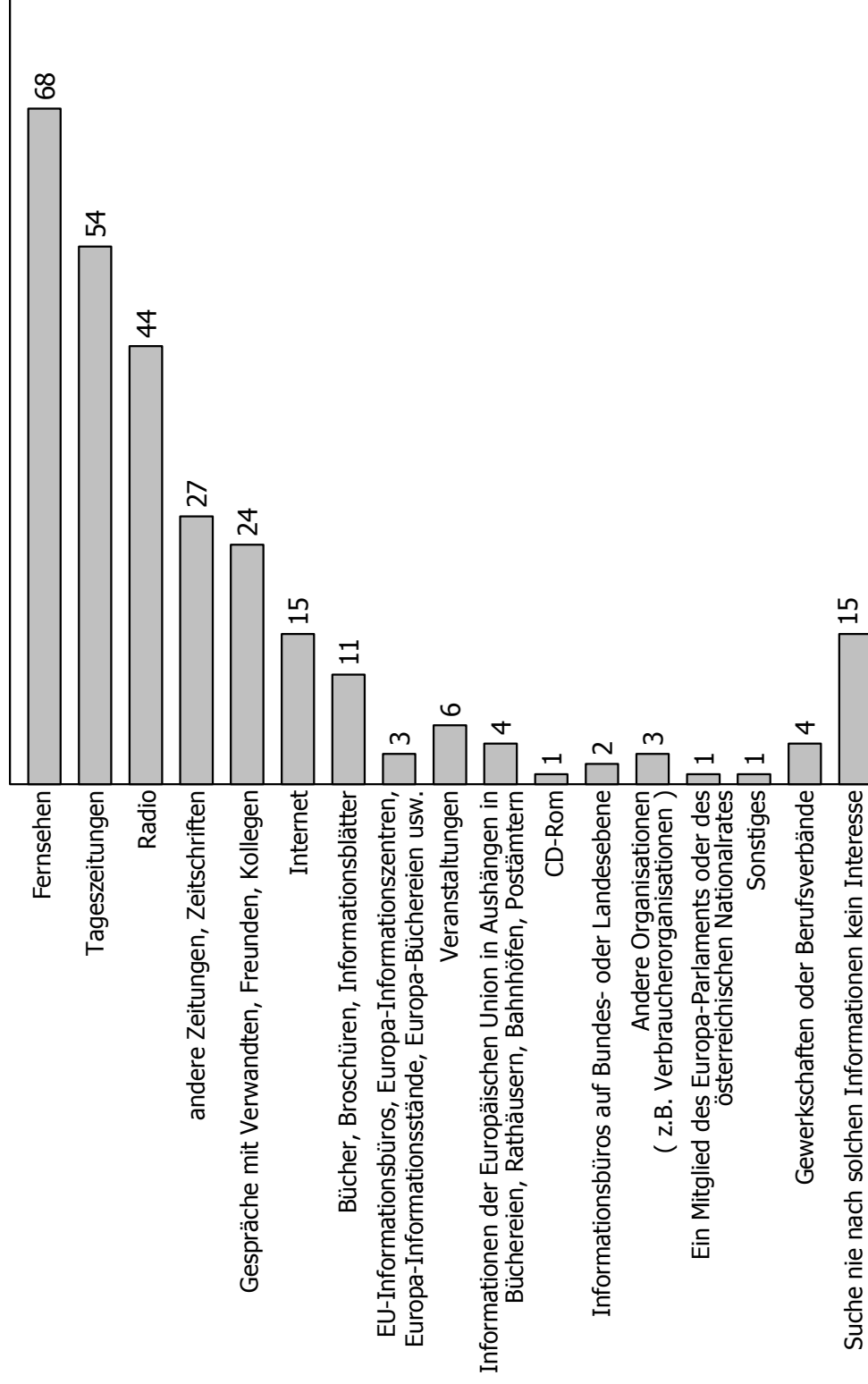
Sucht man Informationen über die EU, ihre Politik und ihre Einrichtungen, so wendet man sich primär an die Massenmedien, wobei das Fernsehen mit 68% vor den Tageszeitungen mit 54% liegt; 44% verweisen auf das Radio, 27% auf andere Zeitungen und Zeitschriften, 24% auf Gespräche mit Verwandten, Freunden und Kollegen und 15% auf das Internet. Eine gewisse Rolle spielen noch Bücher, Broschüren und Informationsblätter (11%), sowie Veranstaltungen (6%), ansatzweise und weniger auf die Durchschnittsbevölkerung bezogen auch Gewerkschaften und Berufsverbände, EU Informationsstellen u.ä., und andere Organisationen. Etwa ein Sechstel gibt an, nie nach solchen Informationen zu suchen bzw. daran kein Interesse zu haben.

Die Dominanz der Massenmedien als Informationsquellen wird auch bei den Antworten nach den gewünschten Informationsquellen deutlich (die Frage wurde nur an jene gerichtet, die EU-bezogene Informationen beziehen): mehr als die Hälfte nennen das Fernsehen, vier von zehn Tageszeitungen und jeder Dritte das Radio. Ein Viertel hätte am liebsten ein kurzes, überblickshaftes Merkblatt, ein Fünftel eine detaillierte Broschüre und 14% wollen Informationen aus dem Internet oder aus anderen Zeitungen und Zeitschriften. Es folgen CD-Rom, Buch, und eher selten eine Computerstation, über die man auf Datenbanken zugreifen kann, und zuallerletzt Plakate und Videokassetten. Wer Informationen über die EU nachgefragt hat, ist im Regelfall auch an weiteren interessiert.

Die präsentierten Daten verweisen auf die zentrale Bedeutung der massenmedialen Berichterstattung, gerade in den unteren Bildungsschichten, die nur ein wenig differenziertes Informationsverhalten aufweisen. Informationsaktivitäten sowohl der EU wie nationaler Instanzen sollten diese Befunde berücksichtigen, weil eine Konzentration auf komplexere oder wenig in Anspruch genommene bzw. erwünschte Kommunikationsformen (à la Informationsstellen mit "Holschuld", Veranstaltungen, Plakate etc.) an jenen Bevölkerungsgruppen vorbeizugehen drohen, die ein geringes subjektives Informationsniveau mit skeptischen bis ablehnenden EU-Einstellungen verbinden.

Genutzte Informationsquellen

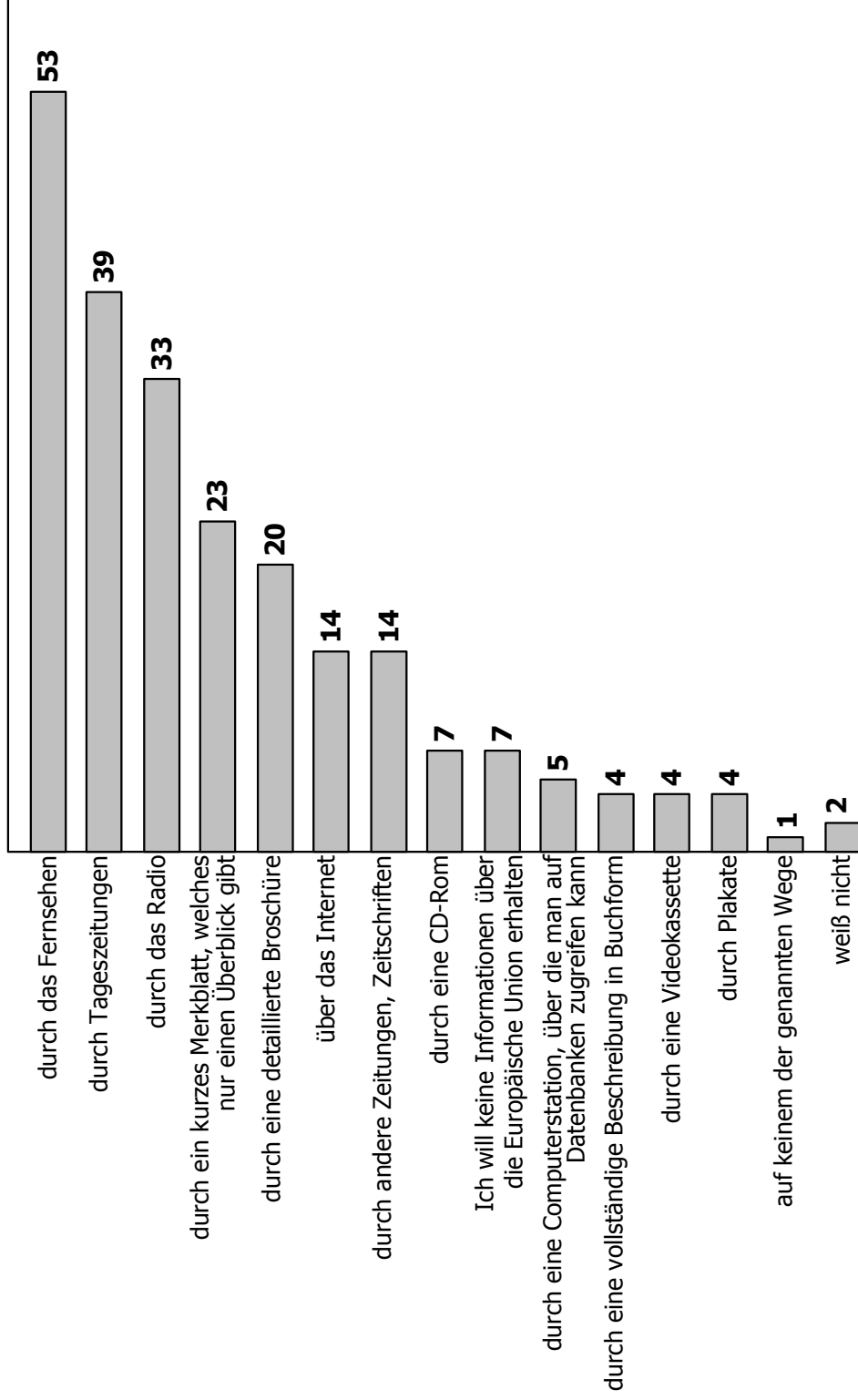
Frage 11: Welche der folgenden Quellen nutzen Sie, wenn Sie nach Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen suchen?



Gewünschte Informationsquellen

Basis: Falls Informationen

Frage 12: Ganz allgemein, wie würden Sie Informationen über die Europäische Union am liebsten bekommen?



Grafik 23

3.2. DER EURO

Die Ersetzung des Schillings durch den EURO wird von der Hälfte der Österreicher als sehr gute (20%) oder ziemlich gute Sache (30%) qualifiziert. Ein knappes Drittel (31%) hält dies weder für gut noch für schlecht. 12% glauben, dies sei eine ziemlich schlechte und 3% eine sehr schlechte Sache (5% weiß nicht). Das Meinungsbild ist damit etwas besser als im Schnitt der Länder der EURO-Zone. Bei der Verwendung des EURO fühlen sich 19% sehr wohl und 46% ziemlich wohl. Unbehagen bekunden 30% (24% nicht sehr wohl, 6% überhaupt nicht wohl), insbesondere Angehörige der unteren Bildungs- und Einkommensschichten, haushaltsführende Personen und Pensionisten, Frauen eher als Männer und ältere Menschen mehr als jüngere.

3.3. INSTITUTIONENVERTRAUEN

Die Österreicher setzen viel Vertrauen in die staatlichen Institutionen (Polizei, Justiz/Rechtssystem, öffentliche Verwaltung), ferner in das Bundesheer und die elektronischen Medien sowie in Wohltätigkeits- und ehrenamtliche Organisationen. Mehr Vertrauen als Misstrauen bekundet man auch für die UNO, den Nationalrat, die Bundesregierung und die Printmedien, bei nichtstaatlichen Organisationen (NGO's) halten Vertrauen und Misstrauen einander die Waage. An einem leichten Vertrauensdefizit laborieren religiöse Institutionen und die Europäische Union, an einem starken Gewerkschaften, große Firmen und vor allem die politischen Parteien. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-15 bringt man den meisten staatlichen Institutionen und den Medien, aber auch den wettbewerbsorientierten politischen Institutionen mehr Vertrauen entgegen, der EU hingegen weniger.

Ein Vergleich des Vertrauensniveaus - ansatzweise ähnlicher (Parlament und Regierung/Kommission) Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene zeigt kein einheitliches Bild. Manche Länder bedenken sowohl die europäischen wie die nationalen Institutionen mit großem Vertrauen (Luxemburg, Niederlande) oder Misstrauen (United Kingdom), andere setzen deutlich mehr Vertrauen in die europäischen Institutionen und nur wenig in die nationalen (Italien, Irland, Frankreich, Portugal, Belgien, Deutschland), wieder andere eher in die nationalen Institutionen (Schweden, Dänemark). In Österreich bewegen sich beide auf vergleichbarem Niveau. Allerdings gilt, dass die europäischen Institutionen sich im Regelfall deutlich größeren Vertrauens erfreuen als die jeweiligen nationalen Konterparts (Ausnahmen Schweden, Österreich, Dänemark und die Niederlande).

Tabelle: Institutionenvertrauen im EU-Vergleich

Frage: Nun eine Frage über das Vertrauen in bestimmte Institutionen. Ich lese Ihnen Institutionen vor und Sie sagen mir für jede einzelne, ob Sie ihr eher vertrauen oder ob Sie ihr eher nicht vertrauen					
	Österreich				EU-15
In Prozent	vertrauen	nicht vertrauen	weiß nicht	PPD	PPD
➤ Polizei	74	20	6	+54	+36
➤ Justiz/nationales Rechtssystem	68	25	6	+43	+3
➤ öffentliche Verwaltung	66	23	11	+43	-2
➤ Bundesheer (Streitkräfte)	64	25	10	+39	+42
➤ Radio	63	30	7	+33	+30
➤ Fernsehen	63	31	6	+32	+16
➤ Wohltätigkeits- oder ehrenamtliche Organisationen	58	28	15	+30	+19
➤ österreichischer Nationalrat (nationales Parlament)	49	36	15	+14	-5
➤ UNO	48	33	18	+15	+22
➤ österreichische Bundesregierung (nationale Regierung)	47	42	12	+5	-12
➤ Presse	47	43	9	+4	-5
➤ nicht staatl. Organisationen (NGO's)	38	36	25	+2	+5
➤ religiöse Institutionen	43	47	10	-4	-4
➤ Europäische Union	38	44	18	-6	+9
➤ Gewerkschaften	38	48	13	-10	-12
➤ große Firmen	34	53	13	-19	-19
➤ politische Parteien	25	65	10	-40	-55

Quelle: EUROBAROMETER 57.1, Frühjahr 2002

3.4. SUBJEKTIVE BEFINDLICHKEITEN UND ÄNGSTE UND POLITISCHE INVOLVIERUNG

Die Mehrheit der Österreicher sieht keine Veränderung ihrer persönlichen Situation in den letzten fünf Jahren (55%) und erwartet auch keine Veränderungen in den nächsten fünf Jahren (56%). Verbesserungen konstatieren 28% bzw. erwarten 27%, Verschlechterungen 16% bzw. 10%. In beiden Punkten liegt Österreich unter dem Schnitt der EU-15 - ähnlich wie Belgien, Deutschland (West wie Ost) und Griechenland. Andererseits liegt man mit 26% and sehr und 57% an ziemlich Zufriedenen im Hinblick auf die allgemeine Lebenszufriedenheit über dem Durchschnitt der Mitgliedstaaten, was darauf hindeutet, dass das Stereotyp einer Nation, die trotz grundsätzlicher Zufriedenheit zum "Raunzen" neigt, eine geringe Fundierung in der Realität findet.

Einen Hinweis auf Elemente der emotionalen Befindlichkeit, die auch politische Konsequenzen zeitigen, liefern die Befunde über die Ängste der Menschen: die Österreicher zeigen sich in allen abgefragten Ängsten signifikant weniger furchtsam als die meisten anderen EU-Bürger - mit einer gewichtigen Ausnahme: der Angst vor einem Unfall in Kernkraftwerken, die mit Abstand an erster Stelle rangiert (gefolgt von Terrorismus und organisiertem Verbrechen). Sprich: militärische oder gesundheitliche Bedrohungsszenarien finden hierzulande eher wenig emotionale Resonanz, reale oder medial-politisch aktivierte Bedrohungsbilder durch grenznahe Kernkraftwerke aber sehr wohl.

Politische Diskussionen mit Freunden werden von 14% häufig und 62% gelegentlich geführt, 22% halten private Kontakte von politischen Themen frei. Diesbezüglich bewegen sich die Österreicher im oberen Mittelfeld der EU-Länder. Andererseits zeigt man sich eher zurückhaltend, wenn es darum geht, Freunde, Verwandte oder Arbeitskollegen von der eigenen Meinung, auf die großen Wert gelegt wird, zu überzeugen: 8% tun dies häufig, 39% von Zeit zu Zeit, 33% selten und 18% niemals. Hier rangiert Österreich am unteren Ende des Nationenvergleichs.

Tabelle: Ängste im EU-Vergleich

Frage: Ich lese Ihnen nun eine Reihe von Dingen vor, vor denen manche Menschen Angst haben. Sagen Sie mir bitte für jedes dieser Dinge, ob Sie persönlich davor Angst haben oder nicht			
haben Angst davor (in Prozent)	Österreich	EU-15	überdurchschnittl. Nennungen
➤ Unfall in einem Kernkraftwerk	66	64	GR, IRL, L, P, F
➤ Terrorismus	52	78	I, E, F
➤ organisiertes Verbrechen	47	71	I, GR, P
➤ Verbreitung von Massenvernichtungswaffen	41	62	GR, P, E, F
➤ versehentlicher Abschuß einer Atombombe	41	50	P, GR, E, IRL, UK, D-Ost
➤ ethnische Konflikte in Europa	36	58	P, E
➤ atomarer Konflikt in Europa	34	45	P, GR, E, UK, D-Ost
➤ Weltkrieg	33	51	P, GR, E, UK, D-Ost
➤ Krieg mit konventionellen Waffen in Europa	32	44	P, GR, E, D-Ost
➤ Epidemien, Seuchen	29	48	GR, P, E

Quelle: EUROBAROMETER 57.1, Frühjahr 2002